



Beschluss-Protokoll

der 11. und 12. Sitzung, Amtsjahr 2014-2015

Mittwoch, den 4. Juni 2014, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Christian Egeler, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Regine Smit, II. Ratssekretärin

Abwesende:

4. Juni 2014, 09:00 Uhr
11. Sitzung *Sebastian Frehner (SVP), Markus Lehmann (CVP/EVP).*

4. Juni 2014, 15:00 Uhr
12. Sitzung *Sebastian Frehner (SVP), Markus Lehmann (CVP/EVP),
Aeneas Wanner (GLP).*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	3
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	3
3.	Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zum Ratschlag Nr. 12.1065.01 zu einem Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz). Totalrevision zur Umsetzung der bundesrechtlichen Änderungen des BVG	5
4.	Ratschlag betreffend Nutzungsplanung "Am Depot Dreispitz". Festsetzung eines Bebauungsplans, Änderungen von Zone, Lärmempfindlichkeitsstufe und Wohnanteil, Festsetzung neuer Bau- und Strassenlinien im Gebiet zwischen Münchensteinerstrasse, Walkeweg, Tramdepot Dreispitz und S-Bahn-Station Dreispitz (Irène Zurkinden-Platz)	12
6.	Motionen 1 - 3	13
5.	Neue Interpellationen.	14
7.	Anzüge 1 - 9	16
8.	Beantwortung der Interpellation Nr. 43 Eric Weber betreffend ist Thomas Kessler noch Basler Drogenbeauftragter?	20
9.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Versand von Wahlinformationen durch den Kanton	21
10.	Beantwortung der Interpellation Nr. 47 Talha Ugur Camlibel betreffend Einbürgerungsstau	21
11.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Ausarbeitung eines Gewaltschutzgesetzes für den Kanton Basel-Stadt	21
12.	Beantwortung der Interpellation Nr. 41 Nora Bertschi betreffend Klimaschutz: Bemühungen im Kanton Basel-Stadt	22

Anhang A: Abstimmungsergebnisse	25
Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	29
Anhang C: Neue Vorstösse	32

Beginn der 11. Sitzung

Mittwoch, 4. Juni 2014, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[04.06.14 09:00:51, MGT]

Mitteilungen

Christian Egeler, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Neue Interpellationen

Es sind zehn neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 51, 53, 54 und 56 werden mündlich beantwortet.

Kulturgruppe des Grossen Rates

Heute trifft sich die Kulturgruppe des Grossen Rates im Anschluss an die Ratssitzung um 18.15 im Museum für Musik im Lohnhof - direkt neben dem Leonhardskirchplatz.

Diejenigen, die spontan Lust haben, am Anlass - der gemeinsam mit der Kulturgruppe des Landrates abgehalten wird - teil zu nehmen, melden sich bei Heiner Vischer.

Geburtstag

Unser Ratskollege Seyit Erdogan spendiert heute Morgen den Kaffee. Er hatte einen runden Geburtstag zu feiern irgendwo in der Mitte zwischen 30 und 50. [Applaus]

Tagesordnung

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[04.06.14 09:02:28, ENG]

Zuweisungen

Tanja Soland (SP): **beantragt**, den Tätigkeitsbericht des Kontrollorgans über den Staatsschutz im Kanton Basel-Stadt 2013 (14.5217.01) an einer nächsten Sitzung des Grossen Rates zu traktandieren.

Tobit Schäfer (SP): **beantragt**, den Bericht des Kontrollorgans zusammen mit dem Bericht der GPK zum Jahresbericht des Regierungsrates zu behandeln.

Christian Egeler, Grossratspräsident: Der Bericht 14.5217.01 wird zusammen mit dem Bericht der GPK zum Jahresbericht 2013 **auf die Tagesordnung gesetzt** (voraussichtlich September-Sitzung). Der Bericht wird dem **Parlamentdienst zur späteren Traktandierung** überwiesen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen.**

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Informationsschreiben des Regierungsrates betreffend Neubau für das Departement für Biosysteme (D-BSSE) der ETH-Zürich auf dem Life-Science-Campus der Universität Basel (Campus St. Johann-Schällemätteli)
- Zusatzbericht Mai 2014 aus aktuellem Anlass der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) (IGPK IPH, 14.5230.01)
- Jahresbericht 2013 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) (IGPK IPH, 14.5231.01)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend Aufwertung des Entenweiher für die Erholungsnutzung und als ornithologisches Schutzgebiet als Teil des Landschaftsparks Wiese (stehen lassen) (BVD, 12.5058.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Realisierung eines durchgehenden Veloweges zwischen Mattenstrasse und Riehenring im Zusammenhang mit dem Messeneubau (stehen lassen) (BVD, 08.5112.04)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend Margarethenstich durchdacht? (BVD, 14.5064.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Kerstin Wenk betreffend der Anspruchsberechtigung bei der Tagesbetreuung in Übergangssituationen wie Arbeitslosigkeit oder Stellenwechseln von Eltern (ED, 14.5060.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend faule Wähler (PD, 14.5029.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Computer für alle Grossräte (PD, 14.5028.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Thomas Gander betreffend Effekt der Aktion "Basel unverschmiert schön!" und Haltung zu legalen Graffiti resp. Street Art Flächen (PD, 14.5061.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Tierversuche, das schwärzeste aller Verbrechen (GD, 14.5097.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Sarah Wyss betreffend Strukturierung des Gesundheitsdepartements (GD, 14.5039.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend Mammographie-Screening falsch eingeschätzt? (GD, 14.5063.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Tanja Soland betreffend Cannabis (GD, 14.5062.02)
- Bericht des Regierungsrates über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2013 (WSU, 14.0527.01)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend neues Tourismus Marketingkonzept für Basel (WSU, 14.5104.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend weltweites Aushängeschild für Basel - die grösste Werbeplattform für Basel - Bank für Internationalen Zahlungsausgleich BIZ (WSU, 14.5109.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Helmut Hersberger und Konsorten betreffend EuroAirport nach Schweizer Gesetzgebung (stehen lassen) (WSU, 11.5335.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Stephan Mumenthaler betreffend Vertretung der kantonalen Interessen im Nachgang der Abstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative (WSU, 14.5140.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Thomas Gander betreffend private Sicherheitsdienstleistungen im Raum Basel und Umsetzung des Konkordats über private Sicherheitsdienstleistungen (JSD, 14.5055.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend Parkieren als russisches Roulette? (JSD, 14.5066.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend GPS als Bussenfalle? (JSD, 14.5065.02)

3. Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zum Ratschlag Nr. 12.1065.01 zu einem Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz). Totalrevision zur Umsetzung der bundesrechtlichen Änderungen des BVG

[04.06.14 09:06:31, WAK, FD, 12.1065.02, BER]

Die Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 12.1065.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Christian Egeler, Grossratspräsident: Die Komplexität der Materie hat bereits bei einer früheren Revision des Pensionskassenrechts dazu geführt, dass ein externer Experte das Kommissionspräsidium im Plenum des Grossen Rats unterstützt hat. Bei der anstehenden Debatte wird Herr Patrick Spuhler unsere Beratungen begleiten und bei Bedarf dem Präsidenten der WAK und mir beratend zur Seite stehen. Im Bedarfsfall soll Herr Spuhler allfällige technische Fragen auch direkt beantworten können. Herr Spuhler ist der verantwortliche Pensionsversicherungsexperte der Pensionskasse Basel-Stadt und hat die ganze Revision begleitet sowie die WAK umsichtig beraten.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, gemäss dem Vorschlag des Präsidenten vorzugehen.

Eintretensdebatte

Voten: *Christophe Haller, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission; RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

Fraktionsvoten

Emmanuel Ullmann (GLP): beantragt Rückweisung an die Wirtschafts- und Abgabekommission.

Zwischenfrage

Voten: *Ruedi Rechsteiner (SP); Emmanuel Ullmann (GLP)*

Voten: *Michel Rusterholtz (SVP); Lukas Engelberger (CVP/EVP); Thomas Strahm (LDP); Patrizia Bernasconi (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Emmanuel Ullmann (GLP); Patrizia Bernasconi (GB)*

Voten: *Stephan Mumenthaler (FDP); Salome Hofer (SP)*

Einzelvoten

Voten: *Dieter Werthemann (GLP); Thomas Grossenbacher (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *David Jenny (FDP); Thomas Grossenbacher (GB)*

Eric Weber (fraktionslos): beantragt Nichteintreten.

Voten: *Urs Müller-Walz (GB)*

Schlussvoten

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Christophe Haller, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission*

Abstimmung

Nichteintretensantrag von Eric Weber.

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 3 Nein. [*Abstimmung # 583, 04.06.14 10:50:20*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Bericht **einzutreten**.

Abstimmung

Rückweisungsantrag der Fraktion GLP

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

6 Ja, 85 Nein, 2 Enthaltungen. [*Abstimmung # 584, 04.06.14 10:51:03*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Rückweisungsantrag der Fraktion GLP **abzulehnen**.

Detailberatung

Titel und Ingress

A. Allgemeines

§ 1. Name, Rechtspersönlichkeit und Sitz

§ 2. Zweck und Tätigkeitsbereich

§ 3. Sammeleinrichtung

§ 4. Auflösung einer Anschlussvereinbarung / Liquidation eines Vorsorgewerks

B. Finanzierung, Staatsgarantie und Vorsorgevermögen

§ 5. Grundsätze

Abs. 1

Abs. 2

Antrag

Die Fraktion GLP beantragt Vollkapitalisierung statt Teilkapitalisierung. Dies hat folgende Änderungen zur Folge:

§ 5 Abs. 2 lautet:

Die Vorsorgewerke sind im System der Vollkapitalisierung zu führen.

§ 5 Abs. 3 und Abs. 4 werden gestrichen.

§ 6 wird gestrichen.

§ 7 Abs. 3 lautet:

Für die Verbindlichkeiten eines Vorsorgewerks haftet ausschliesslich dessen Vermögen.

§ 8 Abs. 2 und § 14 Abs. 2 werden gestrichen.

Antrag

Eventualiter beantragt die Fraktion GLP, § 5 Abs. 3, § 8 Abs. 2 und § 14 Abs. 2 wie folgt zu ändern:

§ 5 Abs. 3 lautet:

Die Vorsorgewerke im Beitragsprimat, die im System der Teilkapitalisierung geführt werden, verzinsen die ordentlichen Sparkapitalien mit dem technischen Zinssatz, wenn deren globaler Deckungsgrad **93.5%** überschreitet, maximal mit dem BVG-Mindestzinssatz, wenn er zwischen **90%** und **93.5%** und mit Null Prozent, wenn er unter **90%** liegt.

§ 8 Abs. 2 lautet:

Liegt für Vorsorgewerke im System der Teilkapitalisierung der globale Deckungsgrad (Aktive und Rentnerinnen und Rentner zusammen) unter **90%** oder sinkt der Deckungsgrad für die Aktiven (Deckungsgrad, nachdem die Rentenverpflichtungen vollumfänglich gedeckt sind) unter ihren Ausgangsdeckungsgrad gemäss Art. 72b BVG, sind Sanierungsmassnahmen einzuleiten.

§ 14 Abs. 2 lautet:

Liegt der Deckungsgrad (Aktive und Rentnerinnen und Rentner zusammen) für Anschlüsse im System der Teilkapitalisierung per 1. Januar 2012 über **90%**, ist zur Festlegung des Ausgangsdeckungsgrades per 1. Januar 2012 der **90%** überschliessende Teil als Wertschwankungsreserve auszuscheiden.

Voten: *Dieter Werthemann (GLP); Christophe Haller, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission; RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

Abstimmung

Antrag Fraktion GLP zu §§ 5 - 8 sowie 14.

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion GLP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags.

Ergebnis der Abstimmung

6 Ja, 89 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 585, 04.06.14 10:55:39]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion GLP **abzulehnen**.

Abstimmung

Antrag der Fraktion GLP zu § 5 Abs. 3, § 8 Abs. 2 und § 14 Abs. 2.

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion GLP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags.

Ergebnis der Abstimmung

6 Ja, 87 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 586, 04.06.14 10:56:54]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion GLP **abzulehnen**.

Detailberatung

§ 6. Staatsgarantie

§ 7. Vorsorgevermögen

§ 8. Sanierung

C. Organisation und Verwaltung

§ 9. Organe

§ 10. Verwaltungsrat

§ 11. Aufgaben des Verwaltungsrats

§ 12. Vorsorgekommission

§ 13. Geschäftsleitung

D. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 14. Übergangsbestimmung

§ 15. Änderung und Aufhebung bisherigen Rechts

1. Personalgesetz

§ 35. Beendigung des Arbeitsverhältnisses infolge Alter und vorzeitiger Ruhestand

2. Lohngesetz

Neuer Abschnittstitel 4 a, Personalvorsorge

§ 24a. Versicherter Jahreslohn

§ 24b. Primat, Leistungsplan und Beiträge

Abs. 1 - 7 sind nicht bestritten

Antrag

Die Fraktion GLP beantragt die Streichung des Satzes 2 in § 24b Abs. 8 und Streichung des Abs. 9.

Voten: *Emmanuel Ullmann (GLP); Christophe Haller, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission*

Abstimmung

Antrag der Fraktion GLP zu § 24 b Abs. 8 und 9.

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion GLP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags.

Ergebnis der Abstimmung

6 Ja, 89 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 587, 04.06.14 10:59:57]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion GLP **abzulehnen**.

Detailberatung

§ 24c. Magistratspersonen

Antrag

Die FDP beantragt die Streichung des folgenden Satzteil: "und die Beauftragten für das Beschwerdewesen (Ombudsfrau bzw. Ombudsmann)"

Voten: *Andreas Zappalà (FDP)*

Abstimmung

Antrag FDP zu § 24c.

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion FDP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 2 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 588, 04.06.14 11:02:21]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der Fraktion FDP **zuzustimmen**.

§ 24c lautet wie folgt:

Magistratspersonen sind die vom Volk gewählten Mitglieder des Regierungsrates sowie die hauptamtlichen Gerichtspräsidentinnen bzw. Gerichtspräsidenten.

Detailberatung

§ 24d. Ruhegehalt für Magistratspersonen sowie § 24e. Versicherung der Magistratspersonen bei der Pensionskasse

Antrag

Helmut Hersberger beantragt eine neue Fassung von § 24d, Abs. 2:

Der Anspruch auf das Ruhegehalt beginnt ab dem Monat, der dem Ausscheiden aus dem Amt folgt. Der Anspruch besteht bei Ausscheiden infolge Abwahl oder Nicht-Wiederwahl in Abhängigkeit vom Alter zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Amt und den geleisteten Amtsjahren, während der Dauer gemäss Tabelle 1 Anhang 3 zu diesem Gesetz. Bei freiwilligem Ausscheiden besteht der Anspruch für die Dauer von zwei Jahren.

Die Fraktion GLP beantragt eine Änderung der § 24d Abs. 1 - 3 sowie § 24e Abs. 1 und die Streichung der Abs. 2 - 4 des § 24e.

§ 24d. Abs. 1 lautet:

Scheidet eine Magistratsperson aus dem Amt, so besteht **Anspruch auf die Austrittsleistung gemäss Art. 2 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge und nach Massgabe von Absatz 2 hiernach auf ein Ruhegehalt.**

Abs 2 lautet:

Der Anspruch auf das Ruhegehalt beginnt ab dem Monat, der dem Ausscheiden aus dem Amt folgt und besteht

- bei Ausscheiden nach Vollendung des vierten und vor Vollendung des achten Amtsjahres längstens für zwölf Monate,
- bei Ausscheiden nach Vollendung des achten und vor Vollendung des zwölften Amtsjahres längstens für 24 Monate und
- bei Ausscheiden nach Vollendung des zwölften Amtsjahres längstens für 36 Monate.

Der Anspruch endet in jedem Fall am Ende des Monats, in welchem das ordentlichen Rücktrittsalter erreicht wird. Bei vorzeitigem Tod oder mit Beginn des Anspruchs auf Vorsorgeleistungen der Pensionskasse erlischt das Ruhegehalt.

Abs 3 lautet:

Die Höhe des Ruhegehalts beträgt 50% des letzten Jahreslohnes als Magistratsperson. Der Kanton Basel-Stadt übernimmt die mit dem Ruhegehalt anfallenden Sozialversicherungsabgaben.

§ 24e. Abs. 1 lautet:

Magistratspersonen sind während ihrer Amtsdauer und bis zur Beendigung des Anspruchs auf das Ruhegehalt gemäss § 24d hinsichtlich ihrer Versicherung im Rahmen des Pensionskassengesetzes den übrigen Versicherten gleichgestellt. Bei Ausscheiden aus dem Amt infolge Todes oder Invalidität werden die Leistungen gemäss dem Vorsorgeplan des Bereichs Staat erbracht.

Abs. 2 - Abs. 4: werden gestrichen.

Die Kommission beantragt folgende Fassung von § 24d, Abs. 2:

Der Anspruch auf das Ruhegehalt beginnt ab dem Monat, der dem Ausscheiden aus dem Amt folgt und besteht für Mitglieder des Regierungsrates in Abhängigkeit vom Alter zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Amt und den geleisteten Amtsjahren, während der Dauer gemäss Tabelle1 Anhang 3 zu diesem Gesetz, für die übrigen Magistratspersonen für die Dauer von 2 Jahren.

Voten: *Helmut Hersberger (FDP); Emmanuel Ullmann (GLP); Christophe Haller, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission; RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Patrizia Bernasconi (GB); Salome Hofer (SP)*

Einzelvoten

Voten: *David Jenny (FDP)*

Eventualabstimmung

Antrag GLP zu § 24d Abs. 1 - 3, § 24e Abs. 1 und § 24e Abs. 2 - 4 sowie Antrag Helmut Hersberger zu § 24d Abs. 2.

JA heisst Bevorzugung Antrag Helmut Hersberger, NEIN heisst Bevorzugung des Antrags GLP.

Ergebnis der Abstimmung

17 Ja, 13 Nein, 64 Enthaltungen. [Abstimmung # 589, 04.06.14 11:19:15]

Der Grosse Rat beschliesst

den **Antrag Hersberger** vorzuziehen.

Abstimmung

Antrag Helmut Hersberger zu § 24d, Abs. 2

JA heisst Zustimmung zum Antrag Helmut Hersberger, NEIN heisst Ablehnung des Antrags.

Ergebnis der Abstimmung

14 Ja, 70 Nein, 11 Enthaltungen. [Abstimmung # 590, 04.06.14 11:20:15]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag Helmut Hersberger **abzulehnen**.

Detailberatung

§ 24e. Versicherung der Magistratspersonen bei der Pensionskasse

§ 24f. Übergangsbestimmung für ehemalige Magistratspersonen

§ 27 neue Fassung

3. Pensionskassengesetz vom 28. Juni 2007, Aufhebung

Schlussbestimmung

Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 7 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 591, 04.06.14 11:21:38]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz, PKG) wird zugestimmt.

Dieses Gesetz ist zu publizieren. Es unterliegt dem Referendum. Nach Eintritt der Rechtskraft werden die §§ 9-13 sofort wirksam, für den Rest des Gesetzes bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt der Wirksamkeit auf den 1. Januar eines Kalenderjahres.

Das Pensionskassengesetz ist im Kantonsblatt Nr. 42 vom 12. Juni 2014 publiziert.

4. Ratschlag betreffend Nutzungsplanung "Am Depot Dreispitz". Festsetzung eines Bebauungsplans, Änderungen von Zone, Lärmempfindlichkeitsstufe und Wohnanteil, Festsetzung neuer Bau- und Strassenlinien im Gebiet zwischen Münchensteinerstrasse, Walkeweg, Tramdepot Dreispitz und S-Bahn-Station Dreispitz (Irène Zurkinden-Platz)

[04.06.14 11:21:53, BRK, BVD, 13.1557.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 13.1557.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Conradin Cramer, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission; Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; Elias Schäfer (FDP); Roland Lindner (SVP); Thomas Grossenbacher (GB); René Brigger (SP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher Bau- und Verkehrsdepartement*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. Zonenänderungsplan Nr. 13'694

II. Lärmempfindlichkeitsstufenänderungsplan Nr. 13'698

III. Wohnanteiländerungsplan Nr. 13'696

IV. Bebauungsplan Nr. 13'692

V. Bau- und Strassenlinienplan Nr. 13'699

VI. Abweisung der Einsprache

VII. Schlussbestimmung

Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

Christian Egeler, Grossratspräsident: Bei der Publikationsklausel hat sich ein Fehler eingeschlichen. Dass der Beschluss ohne die Ziffer VI zu publizieren ist, ist falsch. Selbstverständlich wird der ganze Beschluss im Kantonsblatt publiziert.

Detailberatung

Rechtsmittelbelehrung (mit redaktioneller Korrektur)

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 592, 04.06.14 11:43:02]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem vorgelegten Beschlussentwurf wird zugestimmt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft wirksam.

Der vollständige Beschluss ist im Kantonsblatt Nr. 42 vom 12. Juni 2014 publiziert.

6. Motionen 1 - 3

[04.06.14 11:43:25]

1. Motion Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Besteuerung der Motorfahrzeuge

[04.06.14 11:43:25, 14.5169.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 14.5169 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf die Motion 14.5169 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

2. Motion Conradin Cramer und Konsorten betreffend Gebühren für gemeinnützige Stiftungen

[04.06.14 11:43:52, 14.5170.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 14.5170 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf die Motion 14.5170 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

3. Motion Jörg Vitelli betreffend Anpassung des öV-Gesetzes bezüglich öV-Programm und Koordination grenzüberschreitender Linien Angebote

[04.06.14 11:44:18, 14.5171.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 14.5171 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Christian Egeler, Grossratspräsident: In der gedruckten Tagesordnung ist nur Jörg Vitelli als Unterzeichner aufgeführt. Das ist falsch: Jörg Vitelli hat verschiedene Mitunterzeichner: Brigitte Heilbronner, Stephan Luethi, Dominique König, Anita Lachenmeier und Michael Wüthrich.

Ich bitte Sie, diesen Fehler zu entschuldigen.

Joël Thüring (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Dieter Werthemann (GLP); Brigitte Heilbronner (SP); Jörg Vitelli (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 19 Nein, 5 Enthaltungen. [*Abstimmung # 593, 04.06.14 11:53:37*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 14.5171 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

Schluss der 11. Sitzung

11:54 Uhr

Beginn der 12. Sitzung

Mittwoch, 4. Juni 2014, 15:00 Uhr

5. Neue Interpellationen.

[04.06.14 15:01:22]

Interpellation Nr. 51 Eric Weber betreffend nicht korrekte Einbürgerung von ausländischen Sozialhilfebezügern

[04.06.14 15:01:22, JSD, 14.5249.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Eric Weber (fraktionslos)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 14.5249 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 52 Mark Eichner betreffend Verankerung des Staatskundeunterrichts im Lehrplan 21

[04.06.14 15:11:04, ED, 14.5256.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 53 Joël Thüring betreffend Straftätern in der forensischen Abteilung der Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) und den damit verbundenen Kosten

[04.06.14 15:11:18, GD, 14.5257.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Joël Thüring (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 14.5257 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 54 Salome Hofer betreffend Ex-Migrol Areal

[04.06.14 15:17:03, PD, 14.5258.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Salome Hofer (SP); Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidiialdepartementes (PD); Salome Hofer (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 14.5257 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 55 Atilla Toptas betreffend Fussgängerübergang an der Rosentalstrasse (beim Bad. Bahnhof)

[04.06.14 15:26:15, BVD, 14.5259.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Atilla Toptas (SP)*

Interpellation Nr. 56 Felix W. Eymann betreffend Kunst-Intervention auf dem Claraplatz

[04.06.14 15:28:26, PD, 14.5260.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidiialdepartementes (PD); Felix Eymann (LDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 14.5260 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 57 Pascal Pfister betreffend Arbeitslose im Alter über 50 Jahren

[04.06.14 15:35:01, WSU, 14.5261.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 58 Annemarie Pfeifer betreffend verbesserter Anschluss der Zollfreistrasse ans Basler Strassennetz

[04.06.14 15:35:12, BVD, 14.5262.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 59 Alexander Gröflin betreffend Auftragsvergabe an Parlamentarier

[04.06.14 15:35:33, PD, 14.5263.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 60 Sarah Wyss betreffend Aufgabe der Begleitgruppe bei der Hafen- und Stadtentwicklung

[04.06.14 15:35:50, BVD, 14.5264.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

7. Anzüge 1 - 9

[04.06.14 15:36:11]

1. Anzug Patrick Hafner und Konsorten betreffend Gefängnisplätze im Ausland

[04.06.14 15:36:11, 14.5149.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 14.5149 entgegenzunehmen.

Thomas Mury (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Nora Bertschi (GB); Patrick Hafner (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *David Jenny (FDP); Patrick Hafner (SVP); Jürg Meyer (SP); Patrick Hafner (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

20 Ja, 63 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 594, 04.06.14 15:44:22]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 14.5149 ist **erledigt**.

2. Anzug Stephan Mumenthaler und Konsorten betreffend keine Steuern auf Steuern: Erhöhung des Steuerabzugs für Krankenversicherungsprämien auf mindestens die Höhe der kostengünstigsten gesetzlich notwendigen Krankenkassenprämien

[04.06.14 15:44:38, 14.5163.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 14.5163 entgegenzunehmen.

Voten: *Joël Thüring (SVP); Lukas Engelberger (CVP/EVP); Sarah Wyss (SP); Andreas Zappalà (FDP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Eveline Rommerskirchen (GB); Emmanuel Ullmann (GLP); Joël Thüring (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Sarah Wyss (SP); Joël Thüring (SVP)*

Voten: *Stephan Mumenthaler (FDP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 41 Nein. [Abstimmung # 595, 04.06.14 16:12:06]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 14.5163 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

3. Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Überarbeitung der Quartiereinteilung unter Berücksichtigung der Lebensräume

[04.06.14 16:12:24, 14.5164.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 14.5164 entgegenzunehmen.

Voten: *Erich Bucher (FDP); Samuel Wyss (SVP); Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD); Michael Koechlin (LDP); Oswald Inglin (CVP/EVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 33 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 596, 04.06.14 16:26:31]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 14.5164 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

4. Anzug Otto Schmid und Konsorten betreffend Doppelhaltstellen

[04.06.14 16:26:47, 14.5165.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 14.5165 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 14.5165 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

5. Anzug Otto Schmid und Konsorten betreffend Velostadt Basel: Aufhebung des Velofahrverbotes in Basel-Stadt

[04.06.14 16:27:08, 14.5166.01, NAE]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 14.5166 entgegenzunehmen.

Voten: *Peter Bochslers (FDP); Bruno Jagher (SVP); Lorenz Nägelin (SVP); Heiner Vischer (LDP); Christian von Wartburg (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Christian von Wartburg (SP)*

Voten: *RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Jörg Vitelli (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Jörg Vitelli (SP)*

Voten: *Ruedi Rechsteiner (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Bruno Jagher (SVP); Ruedi Rechsteiner (SP)*

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); Otto Schmid (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 41 Nein, 3 Enthaltungen. [*Abstimmung # 597, 04.06.14 16:53:38*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 14.5166 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

6. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Bewerbung für den Velo-City-Kongress 2019

[04.06.14 16:53:56, 14.5167.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 14.5167 entgegenzunehmen.

Andreas Ungricht (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Mark Eichner (FDP); Jörg Vitelli (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 35 Nein, 3 Enthaltungen. [*Abstimmung # 598, 04.06.14 17:03:46*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 14.5167 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

7. Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Prüfung einer Fusion der BSABB, BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel mit den Stiftungsaufsichten Solothurn und Aargau

[04.06.14 17:04:00, 14.5168.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 14.5168 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 14.5168 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

8. Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend Schaffung von Sitzbänken in der Basler Innenstadt

[04.06.14 17:04:31, 14.5175.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 14.5175 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 14.5175 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

9. Anzug Talha Ugur Camlibel und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit an der Hochbergerstrasse

[04.06.14 17:04:52, 14.5176.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 14.5176 entgegenzunehmen.

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Pascal Pfister (SP); Heidi Mück (GB); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Talha Ugur Camlibel (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 38 Nein. [Abstimmung # 599, 04.06.14 17:14:13]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 14.5176 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

8. Beantwortung der Interpellation Nr. 43 Eric Weber betreffend ist Thomas Kessler noch Basler Drogenbeauftragter?

[04.06.14 17:14:34, PD, 14.5215.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 14.5215 ist **erledigt**.

9. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Versand von Wahlinformationen durch den Kanton

[04.06.14 17:16:20, PD, 12.5099.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 12.5099 abzuschreiben.

Philippe Macherel (SP): **beantragt**, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *Sibel Arslan (GB)*; *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD)*

Abstimmung

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 600, 04.06.14 17:24:41]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 12.5099 **stehen zu lassen**.

10. Beantwortung der Interpellation Nr. 47 Talha Ugur Camlibel betreffend Einbürgerungsstau

[04.06.14 17:24:53, JSD, 14.5223.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Talha Ugur Camlibel (GB)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 14.5223 ist **erledigt**.

11. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Ausarbeitung eines Gewaltschutzgesetzes für den Kanton Basel-Stadt

[04.06.14 17:26:56, JSD, 13.5529.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 13.5529 zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Toni Casagrande (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Brigitta Gerber (GB): beantragt die Überweisung als Motion.

Voten: *Christine Wirz-von Planta (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Brigitta Gerber (GB); Christine Wirz-von Planta (LDP)*

Voten: *David Jenny (FDP); Ursula Metzger (SP); RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Zwischenfrage

Voten: *Ursula Metzger (SP); RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Eventualabstimmung

Form des Vorstosses, Anzug oder Motion

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 601, 04.06.14 17:54:37]

Der Grosse Rat beschliesst

mit Stichentscheid des Präsidenten, die Motion 13.5529 in **einen Anzug umzuwandeln.**

Schlussabstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 31 Nein. [Abstimmung # 602, 04.06.14 17:55:55]

Der Grosse Rat beschliesst

den **Anzug 13.5529** dem Regierungsrat zu **überweisen.**

12. Beantwortung der Interpellation Nr. 41 Nora Bertschi betreffend Klimaschutz: Bemühungen im Kanton Basel-Stadt

[04.06.14 17:56:37, WSU, 14.5213.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Nora Bertschi (GB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 14.5213 ist **erledigt**.

Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Jürg Meyer betreffend neue Arbeitsintegration für Menschen mit Berufsverboten wegen Straftaten an Kindern oder an zum Widerstand unfähigen Personen (14.5251.01).
- Schriftliche Anfrage Jörg Vitelli betreffend Einbezug des Halbtax- und GA-Abos auf der neuen Tramlinie 8 nach Weil (14.5252.01).
- Schriftliche Anfrage Erich Bucher betreffend Velonutzung Wolfsschlucht - Bruderholzallee (14.5253.01).
- Schriftliche Anfrage Murat Kaya betreffend stinkende Kanalisationsschächte (14.5266.01).
- Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin zum religiösen Fundamentalismus im Kanton Basel-Stadt (14.5270.01).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Tagesordnung

Die nachfolgenden Geschäfte werden auf die Tagesordnung der Sitzung vom 25./26. Juni 2014 vorgetragen:

13. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Förderabgabe: Spielraum nutzen, mehr grüne Investitionen ermöglichen (12.5039.02)

14. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sebastian Frehner betreffend Open-Source-Netzwerk in Basel (07.5105.05)

15. Beantwortung der Interpellation Nr. 31 Dominique König-Lüdin betreffend Transparenz in den Berufungsverfahren der Universität beider Basel (14.5154.02)

16. Beantwortung der Interpellation Nr. 32 Anita Lachenmeier-Thüring betreffend Frühförderung für alle (14.5155.02)

17. Beantwortung der Interpellation Nr. 37 Sarah Wyss betreffend Leistungsauftrag Fachhochschule Nordwestschweiz (14.5209.02)

18. Beantwortung der Interpellation Nr. 50 Ursula Metzger betreffend Tagesbetreuung auf dem Bruderholz (14.5226.02)

19. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Beibehaltung von Fremdsprachenklassen an der Volksschule (13.5501.02)

20. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatriz Greuter und Konsorten betreffend Praktikum als Fachfrau/Fachmann Betreuung Kinder (12.5120.02)

21. Beantwortung der Interpellation Nr. 34 Alexander Gröflin betreffend Erdbebensicherheit staatlicher Gebäude (14.5157.02)

22. Beantwortung der Interpellation Nr. 35 Christine Wirz-von Planta betreffend politischer Werbung in Tramzügen der BVB (14.5172.02)

23. Beantwortung der Interpellation Nr. 42 Heiner Vischer betreffend Jurierung "guter Bauten" im Kanton Basel-Stadt (14.5214.02)
24. Beantwortung der Interpellation Nr. 44 Oswald Inglin betreffend Stand der Dinge in Bezug auf die Osttangente (14.5216.02)
25. Beantwortung der Interpellation Nr. 46 Heidi Mück betreffend Durchgangsplätze für Jenische (14.5222.02)
26. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Gabriele Stutz-Kilcher und Konsorten betreffend Umzonung des Geländes der alten IWB-Filteranlage an der Reservoirstrasse als Wohnzone (08.5135.04)
27. Beantwortung der Interpellation Nr. 49 Brigitta Gerber betreffend Zwischennutzung Isteinerbad (14.5225.02)
28. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Esther Weber und Konsorten betreffend Situationsanalyse beim Arbeitgeber Basel-Stadt zum Thema Erwerbstätigkeit und Angehörigenpflege (12.5084.02)
29. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Einführung eines Vegi-Tages zur Sensibilisierung der Hungerproblematik und Klimawandels (12.5059.02)

Schluss der 12. Sitzung

17:58 Uhr

Basel, 4. Juni 2014

Christian Egeler
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Sitz	Abstimmungen 599 - 602	599	600	601	602
1	Beatriz Greuter (SP)	J	N	N	J
2	Sibylle Benz (SP)	J	N	N	J
3	Philippe Machereel (SP)	J	N	N	J
4	Dominique König (SP)	J	N	N	J
5	Ursula Metzger (SP)	J	N	N	J
6	Otto Schmid (SP)	J	N	N	J
7	Thomas Gander (SP)	J	N	A	A
8	René Brigger (SP)	A	A	A	A
9	Christophe Haller (FDP)	N	J	J	N
10	Ernst Mutschler (FDP)	N	J	J	N
11	Erich Bucher (FDP)	N	J	J	N
12	Murat Kaya (FDP)	J	E	J	J
13	David Jenny (FDP)	N	J	J	J
14	Patrick Hafner (SVP)	N	J	J	N
15	Lorenz Nägelin (SVP)	N	J	J	N
16	Roland Lindner (SVP)	N	J	J	N
17	Bruno Jagher (SVP)	J	J	J	N
18	Michael Wüthrich (GB)	J	N	N	J
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	N	N	J
20	Elisabeth Ackermann (GB)	J	N	N	J
21	Raoul Furlano (LDP)	N	J	J	N
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	N	J	J	N
23	Michael Koechlin (LDP)	N	J	J	N
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	N	J	J	J
25	Lukas Engelberger (CVP/EVP)	A	A	A	A
26	Aeneas Wanner (GLP)	A	A	A	A
27	Dieter Werthemann (GLP)	N	N	J	J
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	A	N	N	J
29	Daniel Goepfert (SP)	J	N	N	J
30	Tobit Schäfer (SP)	A	A	A	A
31	Jörg Vitelli (SP)	J	N	N	J
32	Jürg Meyer (SP)	J	N	N	J
33	Brigitte Heilbronner (SP)	J	N	N	J
34	Andrea Bollinger (SP)	J	N	N	J
35	Toya Krummenacher (SP)	J	N	N	J
36	Stephan Luethi (SP)	J	N	N	J
37	Leonhard Burckhardt (SP)	J	N	N	J
38	Seyit Erdogan (SP)	J	N	N	J
39	Danielle Kaufmann (SP)	J	N	N	J
40	Christian von Wartburg (SP)	J	N	J	J
41	Sebastian Frehner (SVP)	A	A	A	A
42	Alexander Gröflin (SVP)	N	J	J	N
43	Andreas Ungricht (SVP)	A	J	J	N
44	Joël Thüning (SVP)	A	J	J	N
45	Michel Rusterholtz (SVP)	N	J	J	N
46	Sibel Arslan (GB)	J	N	N	J
47	Brigitta Gerber (GB)	J	N	N	J
48	Anita Lachenmeier (GB)	J	N	N	J
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	A	N	N	J
50	Nora Bertschi (GB)	A	N	N	J
51	Stephan Mumenthaler (FDP)	N	J	J	N
52	Christian Egeler (FDP)	P	P	P	P

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Anhang zum Beschlussprotokoll 11. und 12. Sitzung, Amtsjahr 2014 / 2015

4. Juni 2014 - Seite 28

Sitz	Abstimmungen 599 - 602	599	600	601	602
53	Elias Schäfer (FDP)	A	J	J	N
54	Christine Wirz (LDP)	N	J	J	N
55	Heiner Vischer (LDP)	N	J	J	N
56	Thomas Müry (LDP)	N	J	J	N
57	Markus Lehmann (CVP/EVP)	A	A	A	A
58	Helen Schai (CVP/EVP)	N	J	J	J
59	André Weissen (CVP/EVP)	N	J	J	N
60	Emmanuel Ullmann (GLP)	N	N	J	J
61	Martina Bernasconi (GLP)	N	N	N	J
62	Mustafa Atici (SP)	J	N	N	J
63	Tanja Soland (SP)	J	N	N	J
64	Martin Lüchinger (SP)	J	N	N	J
65	Gülsen Oeztürk (SP)	J	N	N	J
66	Kerstin Wenk (SP)	J	N	N	J
67	Atilla Toptas (SP)	J	N	N	J
68	Franziska Reinhard (SP)	A	A	A	A
69	Sarah Wyss (SP)	A	N	N	J
70	Georg Mattmüller (SP)	J	N	N	J
71	Pascal Pfister (SP)	J	N	N	J
72	Mirjam Ballmer (GB)	A	N	E	J
73	Heidi Mück (GB)	J	N	N	J
74	Urs Müller (GB)	J	N	N	J
75	Talha Ugur Camlibel (GB)	J	N	N	J
76	Samuel Wyss (SVP)	A	J	J	N
77	Karl Schweizer (SVP)	N	J	J	N
78	Oskar Herzig (SVP)	N	J	A	A
79	Toni Casagrande (SVP)	N	J	J	N
80	Peter Bochsler (FDP)	N	J	J	N
81	Mark Eichner (FDP)	N	J	J	N
82	Roland Vöggtli (FDP)	A	A	A	A
83	Felix Eymann (LDP)	N	J	J	N
84	André Auderset (LDP)	A	A	A	A
85	Remo Gallacchi (CVP/EVP)	A	A	J	N
86	Pasqualine Gallacchi (CVP/EVP)	N	J	A	A
87	Eric Weber (fraktionslos)	J	N	A	A
88	Martin Gschwind (fraktionslos)	A	A	A	A
89	Salome Hofer (SP)	J	N	N	J
90	Franziska Roth (SP)	J	N	N	J
91	Eduard Rutschmann (SVP)	N	J	J	J
92	Heinrich Ueberwasser (SVP)	N	N	A	A
93	Conradin Cramer (LDP)	N	J	J	N
94	Thomas Strahm (LDP)	N	J	J	N
95	Andreas Zappalà (FDP)	N	J	J	N
96	Annemarie Pfeifer (CVP/EVP)	N	A	N	J
97	Rolf von Aarburg (CVP/EVP)	N	J	J	J
98	Thomas Grossenbacher (GB)	J	N	J	J
99	Katja Christ (GLP)	N	N	A	A
100	Helmut Hersberger (FDP)	N	J	J	N
J	JA	41	37	41	52
N	NEIN	38	49	41	31
E	ENTHALTUNG	0	1	1	0
A	ABWESEND	20	12	16	16
P	PRÄSIDIUM (stimmt nicht mit)	1	1	1	1
	Total	100	100	100	100

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Versand von Wahlinformationen durch den Kanton		PD	12.5099.02
2.	Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zum Ratschlag zu einem Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz). Totalrevision zur Umsetzung der bundesrechtlichen Änderungen des BVG	WAK	FD	12.1065.02
3.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Ausarbeitung eines Gewaltschutzgesetzes für den Kanton Basel-Stadt		JSD	13.5529.02
4.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Förderabgabe: Spielraum nutzen, mehr grüne Investitionen ermöglichen		WSU	12.5039.02
5.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Gabriele Stutz-Kilcher und Konsorten betreffend Umzonung des Geländes der alten IWB-Filter-anlage an der Reservoirstrasse als Wohnzone		BVD	08.5135.04

Überweisung an Kommissionen

6.	Bericht des Regierungsrates betreffend Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB): Information über die Rechnung 2013. <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	IGPK UKBB	GD	14.0485.01
7.	Ratschlag betreffend Tram 3 Basel – Bahnhof Saint-Louis, Abschnitt Basel-Stadt. Verlängerung der Tramlinie 3, Verlegung der Wendeschleufe, Massnahmen zu Gunsten des Velo- und Fussverkehrs sowie Bericht zu einem Anzug	UVEK	BVD	14.0522.01 11.5111.03
8.	Petition P327 "Für einen sicheren Schulweg über die Rosentalstrasse"	PetKo		14.5255.01
9.	Verlängerung der interkantonalen Vereinbarung über die Einführung des Französischunterrichts ab dem 3. und des Englischunterrichts ab dem 5. Schuljahr sowie die gemeinsame Entwicklung des Fremdsprachenunterrichts (FEUV)	BKK	ED	

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

10.	Anzüge:			
a)	Joël Thüring betreffend Taktverdichtung Buslinie Nr. 50 (Flughafenbus)			14.5228.01
b)	Markus Lehmann und Joël Thüring betreffend 0800 Gratis-Nummern für die Kantonale Verwaltung Basel-Stadt			14.5238.01
c)	Katja Christ und Konsorten betreffend Recycling von Kunststoff			14.5239.01
d)	Kerstin Wenk und Konsorten betreffend die bilinguale Förderung von gehörlosen und hörbehinderten Kindern im Rahmen der Volksschule			14.5240.01
e)	Georg Mattmüller und Konsorten betreffend die bilinguale Förderung (Lautsprache und Gebärdensprache) von gehörlosen und hörbehinderten Kindern im Frühförderungsbereich			14.5242.01
f)	Heidi Mück und Konsorten betreffend seriöser und umfassender Prüfung von Alternativszenarien bei der Entwicklungsplanung des Gebietes Klybeckquai/Westquaiinsel			14.5243.01
g)	Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen zur positiven Entwicklung des Hafensareals im Klybeckquartier/Kleinhüningen			14.5244.01
h)	Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Schaffung eines pionierhaften, autofreien Ökostadtteils am Hafen			14.5245.01

i)	Leonhard Burckhardt und Konsorten betreffend begleitendes Monitoring der Stadtentwicklung in den Quartieren Klybeck und Kleinhüningen		14.5246.01
j)	Kerstin Wenk und Konsorten betreffend grenzüberschreitender Landschaftspark "Parc des Carrières"		14.5241.01
k)	Daniel Goepfert und Konsorten betreffend regionale grenzüberschreitende Berufsbildung		14.5254.01
11.	Motion Joël Thüring betreffend Änderung des steuerabzugsfähigen Betrages für Aus- und Weiterbildung		14.5229.01
12.	Tätigkeitsbericht des Kontrollorgans über den Staatsschutz im Kanton Basel-Stadt 2013		14.5217.01

Kenntnisnahme

13.	Informationsschreiben des Regierungsrates betreffend Neubau für das Departement für Biosysteme (D-BSSE) der ETH-Zürich auf dem Life-Science-Campus der Universität Basel (Campus St. Johann-Schällemätteli)		
14.	Zusatzbericht Mai 2014 aus aktuellem Anlass der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH)	IGPK IPH	14.5230.01
15.	Jahresbericht 2013 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH)	IGPK IPH	14.5231.01
16.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend Aufwertung des Entenweihers für die Erholungsnutzung und als ornithologisches Schutzgebiet als Teil des Landschaftsparks Wiese (stehen lassen)	BVD	12.5058.02
17.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Realisierung eines durchgehenden Veloweges zwischen Mattenstrasse und Riehenring im Zusammenhang mit dem Messeneubau (stehen lassen)	BVD	08.5112.04
18.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend Margarethenstich durchdacht?	BVD	14.5064.02
19.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Kerstin Wenk betreffend der Anspruchsberechtigung bei der Tagesbetreuung in Übergangssituationen wie Arbeitslosigkeit oder Stellenwechseln von Eltern	ED	14.5060.02
20.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend faule Wähler	PD	14.5029.02
21.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Computer für alle Grossräte	PD	14.5028.02
22.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Thomas Gander betreffend Effekt der Aktion „Basel unverschmiert schön!“ und Haltung zu legalen Graffiti resp. Street Art Flächen	PD	14.5061.02
23.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Tierversuche, das schwärzeste aller Verbrechen	GD	14.5097.02
24.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Sarah Wyss betreffend Strukturierung des Gesundheitsdepartements	GD	14.5039.02
25.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend Mammographie-Screening falsch eingeschätzt?	GD	14.5063.02
26.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Tanja Soland betreffend Cannabis	GD	14.5062.02
27.	Bericht des Regierungsrates über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2013	WSU	14.0527.01
28.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend neues Tourismus Marketingkonzept für Basel	WSU	14.5104.02

- | | | | |
|-----|---|-----|------------|
| 29. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend weltweites Aushängeschild für Basel – die grösste Werbeplattform für Basel – Bank für Internationalen Zahlungsausgleich BIZ | WSU | 14.5109.02 |
| 30. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Helmut Hersberger und Konsorten betreffend EuroAirport nach Schweizer Gesetzgebung (stehen lassen) | WSU | 11.5335.02 |
| 31. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Stephan Mumenthaler betreffend Vertretung der kantonalen Interessen im Nachgang der Abstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative | WSU | 14.5140.02 |
| 32. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Thomas Gander betreffend private Sicherheitsdienstleistungen im Raum Basel und Umsetzung des Konkordats über private Sicherheitsdienstleistungen | JSD | 14.5055.02 |
| 33. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend Parkieren als russisches Roulette? | JSD | 14.5066.02 |
| 34. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend GPS als Bussenfalle? | JSD | 14.5065.02 |

Anhang C: Neue Vorstösse

Motionen

a) Motion betreffend Änderung des steuerabzugsfähigen Betrages für Aus- und Weiterbildung

14.5229.01

Ab 2016 dürfen fast alle beruflichen Aus- und Weiterbildungskosten in der Schweiz von den Bundessteuern abgezogen werden. National- und Ständerat haben im 2013 eine entsprechende Gesetzesänderung beschlossen, welche der Bundesrat nun am 16.04.2014 in Kraft gesetzt hat.

Der vom Bundesparlament beschlossene Abzug beträgt maximal Fr. 12'000 pro Jahr bei den Bundessteuern. Die Kantone können die Obergrenze für die kantonalen Steuern selbst festlegen. Der neue Abzug gilt nicht wie bis anhin nur für Weiterbildungskosten, sondern für alle beruflichen Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungskosten. Die vom Arbeitgeber getragenen Kosten werden dem Arbeitnehmer nicht zum Lohn hinzugerechnet. Wie bisher bleiben die Kosten für die Erstausbildung nicht abzugsfähig. Die Kantone haben bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen bundesrechtlichen Bestimmungen Zeit, um ihre eigene Gesetzgebung anzupassen. Damit wird ein gleichzeitiges Inkrafttreten von Bundesrecht und kantonalem Recht gewährleistet.

Der Kanton Basel-Stadt kennt gemäss Steuergesetz (§ 27 Abs. 1 und 2 SteuerG) eine solche Abzugsmöglichkeit für berufliche Weiterbildungen und Umschulungen ebenfalls. Der Höchstbetrag, welcher in Form eines Pauschalabzuges geltend gemacht werden kann, beträgt gemäss Abs. 2 des Steuergesetzes Fr. 4'000 pro Steuerjahr.

Die Möglichkeit eines höheren Abzuges bei den Aus- und Weiterbildungen macht aus Sicht des Motionärs Sinn, da solche zusätzlichen - zumeist fachlichen - Lehrgänge der eigenen Kompetenz nutzen und letztlich auch dem Arbeitgeber dienen, insbesondere aufgrund des vielfach erwähnten Fachkräftemangels in der Schweiz.

Im Rahmen der Anpassungen der kantonalen Gesetzgebung im Zusammenhang mit den beschlossenen Änderungen des Bundes vom 27.09.2013 bittet der Unterzeichnende den Regierungsrat daher, das kantonale Steuergesetz wie folgt abzuändern:

§ 27 Steuergesetz

Abs. 1 Als Berufskosten werden abgezogen:

- a) die notwendigen Kosten für Fahrten zwischen und Wohn- und Arbeitsstätte;
- b) die notwendigen Mehrkosten für Verpflegung ausserhalb der Wohnstätte und bei Schichtarbeit;
- c) die übrigen für die Ausübung des Berufes erforderlichen Kosten;
- d) die mit dem Beruf zusammenhängenden **Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungskosten**.

*Abs. 2 Anstelle der nachgewiesenen tatsächlichen Berufskosten gemäss Abs. 1 kann ein Pauschalabzug von 4'000 Franken **6'000 Franken** abgezogen werden. Wird der Pauschalabzug geltend gemacht, sind keine weiteren Berufskosten abziehbar. Wird die Erwerbstätigkeit nur während eines Teils des Jahres oder als Teilzeitarbeit ausgeübt, ist der Pauschalabzug angemessen zu kürzen.*

Joël Thüring

Anzüge

a) Anzug betreffend Taktverdichtung Buslinie Nr. 50 (Flughafenbus)

14.5228.01

Die Basler Verkehrsbetriebe BVB haben in der Basler Zeitung vom 06.05.2014 bestätigt, was regelmässige Nutzer des Bus Nr. 50 an den EuroAirport schon seit langem wissen: Zu den Stosszeiten ist der Flughafenbus regelmässig überfüllt und nahe an der 100%-Auslastung.

Die Buslinie gilt somit gemäss mit dem Kanton Basel-Stadt vereinbarten Kriterien als überlastet, was ab einer Auslastung von 60% aller Sitz- und Stehplätze der Fall ist. Das Problem besteht u.a. auch darin, dass neben den Reisenden an den EuroAirport zu den Stosszeiten auch Angestellte des Gebiets rund um den Flughafen (also bspw. Frachthalle EuroAirport, UPK, Airport-Casino und Hotel Friedrich-Miescher-Strasse) diesen Bus benutzen, was im Sinne der gewollten Priorisierung des Öffentlichen Verkehrs im Kanton Basel-Stadt ist.

Mit der weiteren Entwicklung des Gebiets, u.a. auch für das Gewerbe, wird die Auslastung dieser Buslinie in den kommenden Jahren voraussichtlich stark zunehmen - zumal auch der EuroAirport eine klare Wachstumsstrategie verfolgt und für die regionale Wirtschaft von grosser Bedeutung ist.

Neben den rund um das Frachtgebäude ansässigen Logistikunternehmen sind auch Touristen von der übermässigen Auslastung des Busses betroffen, was entsprechende Reklamationen bei Basel Tourismus belegen (gemäss Daniel Eglolf in der Basler Zeitung vom 06.05.2014).

Offenbar sind die BVB aber nicht willens, eine Taktverdichtung anzustreben und weisen im Gegenteil darauf hin, dass auf andere Fahrzeiten ausgewichen werden soll. Das dies praktisch unmöglich ist, belegt alleine schon die Tatsache, dass viele Angestellte des Gebiets und Reisende Anschlusszüge am Bahnhof SBB zu erreichen haben und nicht Busse abwarten können.

Da für die wirtschaftliche Entwicklung des Gebietes, die Touristik und insbesondere für die Standortattraktivität unseres Kantons eine gute Busanbindung an den EuroAirport aber zwingend ist, muss entsprechend der Besteller - also der Kanton Basel-Stadt - handeln und die Taktverdichtung bei den BVB einverlangen.

Der Anzugstellende bittet den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten, wie der Kanton als Besteller in Zusammenarbeit mit den BVB den Takt der Buslinie 50 sinnvoll - insbesondere zu den Stosszeiten - verdichten kann.

Joël Thüring

b) Anzug betreffend 0800-Gratis-Nummern für die Kantonale Verwaltung Basel-Stadt

14.5238.01

Eine bürgernahe Verwaltung zeichnet sich nicht nur dadurch aus, dass sie telefonisch gut und schnell, also ohne lange Wartezeiten und mit kompetenter Auskunft, erreichbar ist. Es sollten auch kostenlose Hotlines zur Verfügung stehen. Hierzu bieten sich die 0800-Nummern Business-Nummern an.

In der Bundesverwaltung sind solche Nummern bei zentralen Anlaufstellen und beispielsweise bei besonderen Vorfällen mit einer hohen Anzahl von Anrufen bereits im Einsatz. Diese zeitgemässen Anpassungen an die technischen Möglichkeiten sind eigentlich "ein Muss" für eine Verwaltung, die Bürger als Kunden behandeln möchte. Dies schont auch die finanziellen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere denjenigen die nicht so gut gestellt sind.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

1. Bei welchen kantonalen Anlaufstellen sieht der Regierungsrat die Möglichkeit, 0800-Businessnummern einzurichten?
2. Wäre der Regierungsrat bereit, 0800-Nummern in der Kantonsverwaltung z.B. auch bei besonderen Vorfällen einzuführen?
3. Oder wäre der Regierungsrat gar bereit, ein flächendeckendes Netz mit 0800-Nummern in der Kantonsverwaltung einzuführen?
4. Wie sieht der zeitliche Rahmen aus und was sind die Voraussetzungen für das Einrichten von 0800-Nummern in der kantonalen Verwaltung?

Markus Lehmann, Joël Thüring

c) Anzug betreffend Recycling von Kunststoff

14.5239.01

Recycling ist schweizweit ein zentrales Thema und wird von der breiten Masse sehr ernst genommen. Wir sind Meister darin, unser Papier zu bündeln und das Glas zur Sammelstelle zu bringen. Wir sammeln alles Mögliche: Batterien, CD's, Glühbirnen, Blechdosen. Beim Sammeln von Kunststoff jedoch stehen wir noch in den Kinderschuhen. Lange Zeit konnte man lediglich PET zur Sammelstelle im Grossverteiler bringen. Genau diese wagen nun den nächsten Schritt und beginnen in den Läden auch andere genau bezeichnete Arten von Kunststoff als Recyclingware entgegenzunehmen.

Schaue ich jedoch über die Grenze nach Deutschland, so stelle ich fest, dass dort sämtlicher Kunststoff zu Recyclingzwecken gesammelt wird. Dies geschieht in speziell dafür abgegebenen gelben Säcken, die ein- bis zweimal monatlich von einer Firma (z.B. Remondis) vor der Haustür abgeholt werden. Die Firma Remondis mit Sitz in Weil am Rhein hat in Basel gar eine Niederlassung.

Weil mir die Umwelt am Herzen liegt und es mir ein Anliegen ist, keine Recyclingmöglichkeiten ausser Acht zu lassen, möchte ich den Regierungsrat bitten, folgende Fragen zu prüfen und darüber zu berichten:

- Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, ein Kunststoff-Recycling z.B. auf freiwilliger Basis und in Form eines Pilotprojekts durchzuführen.
- Falls der Kanton das Recycling nicht selbst vornehmen will/kann oder der Alleingang auf kantonaler Ebene sich nicht lohnt; Gibt es Möglichkeiten, in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit einer Firma in Deutschland (z.B. Remondis) Kontakt aufzunehmen und eine allfällige Zusammenarbeit zu prüfen? Und wenn nicht, was spricht dagegen?
- Oft wird dem Wunsch auf Einführung eines Kunststoffrecyclings entgegnet, dass für die Verbrennung des Hausabfalls Kunststoff gebraucht werde, ansonsten Brennmaterial zugeführt werden müsste. Gegenteiliger Meinung ist jedoch gemäss Auskunft das Amt für Umwelt und Energie. Was stimmt nun? Wie sieht die ungefähre Öko-Bilanz mit oder ohne Kunststoff-Recycling aus?

Katja Christ, Emmanuel Ullmann, Aeneas Wanner, Dieter Werthemann, Martina Bernasconi, Christine Wirz-von Planta, Thomas Grossenbacher, Franziska Roth, Karl Schweizer, Stephan Mumenthaler, Helen Schai-Zigerlig

d) Anzug betreffend die bilinguale Förderung von gehörlosen und hörbehinderten Kindern im Rahmen der Volksschule

14.5240.01

Der Lautspracherwerb ist nicht die einzige Möglichkeit der sprachlichen Förderung von hörbehinderten Kindern. Die Gebärdensprache ist eine weitere Möglichkeit der sprachlichen Verständigung für und unter Gehörlosen, die nicht nur deshalb wichtig ist, weil Operationen und Hilfsmittel nicht immer gewollt sind und auch nicht immer genügen und damit der Lautspracherwerb seine faktischen Grenzen hat. Gebärdensprache ist auch im Erwachsenenalter zentral, weil in der sozialen Realität der einfache Lautspracherwerb ein Problem für die Kommunikation zwischen Gehörlosen unter sich ist.

Die Gebärdensprache ist aktuell kein integraler Bestandteil der sprachlichen Förderung von gehörlosen und hörgeschädigten Kindern im Rahmen der Volksschule. Die Volksschule sollte alle Möglichkeiten der spezifischen sprachlichen Unterstützung und Förderung, Lautsprache wie Gebärdensprache, in einem bilingualen Sinn ermöglichen.

In anderen Ländern werden gehörlose Kinder und Jugendliche spezifisch via Gebärdensprache während ihrer Schulzeit gefördert. Sie haben einen Gebärde Dolmetscher zur Verfügung und dies ermöglicht ihnen die reguläre Schulzeit im Rahmen der Volksschule abzuschliessen. Dadurch erhalten die gehörlosen Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen für die weiterführenden Ausbildungen.

Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- ob die zuständigen Behördenstellen die Meinung teilen, dass es eine bilinguale Förderung braucht, um der komplexen Situation von gehörlosen Kindern gerecht zu werden,
- ob und wenn in welcher Form im Rahmen der Volksschule gehörlose und hörgeschädigte Kinder eine bilinguale Förderung erhalten und wenn nicht, weshalb dies bislang nicht erfolgt ist, ob es vorstellbar ist, dass es Integrationsklassen für hörgeschädigte Kinder geben könnte (analog Integrationsklassen für geistig behinderte Kinder/Kinder mit kognitiver Behinderung),
- wie das Angebot der bilingualen Förderung im Rahmen der Volksschule in anderer Form (z.B. geeigneten Formen der Einzelintegration) auszubauen ist.

Kerstin Wenk, Georg Mattmüller, Beatriz Greuter, André Weissen, Helen Schai-Zigerlig, Thomas Grossenbacher, Danielle Kaufmann, Joël Thüring, Salome Hofer, Annemarie Pfeifer, Martina Bernasconi, Oskar Herzig-Jonasch

e) Anzug betreffend die bilinguale Förderung (Lautsprache und Gebärdensprache) von gehörlosen und hörbehinderten Kindern im Frühförderungsbereich

14.5242.01

Lautspracherwerb ist nicht die einzige Möglichkeit der sprachlichen Förderung von hörbehinderten Kindern. Die Gebärdensprache ist eine weitere Möglichkeit der sprachlichen Verständigung für und unter Gehörlosen, die nicht nur deshalb wichtig ist, weil Operationen und Hilfsmittel nicht immer gewollt sind und auch nicht immer genügen, der Lautspracherwerb damit seine faktischen Grenzen hat. Gebärdensprache ist auch im Erwachsenenalter zentral, weil in der sozialen Realität der einfache Lautspracherwerb ein Problem für die Kommunikation unter Gehörlosen ist. Die Gebärdensprache ist dann die einzige Möglichkeit der Verständigung.

Einerseits sollten Eltern umfassend über alle Möglichkeiten der spezifischen Unterstützung und Förderung, Lautsprache wie Gebärdensprache, informiert werden, andererseits sollte die individuelle Förderung in einem bilingualen Sinn möglichst früh erfolgen.

Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- ob im Rahmen der Frühförderung gehörlose und hörbehinderte Kinder eine bilinguale Förderung erhalten und wenn nicht, weshalb dies bislang nicht erfolgt ist,
- falls die bilinguale Frühförderung bislang nicht erfolgt, wie diese durch die zuständige Behörde umgesetzt werden soll,
- in welcher Form die zuständigen Behördenstellen die bilinguale Förderung sicherstellen möchte, um der komplexen Situation von gehörlosen Kindern gerecht zu werden,
- wie im Rahmen der Frühförderung von gehörlosen und hörbehinderten Kindern die Eltern der Kinder über die Möglichkeiten der bilingualen Förderung aufgeklärt werden,
- wie das Angebot der bilingualen Förderung im Frühförderungsbereich auszubauen ist,
- wie Angebote für hörende Eltern geschaffen werden können, damit sie die für ihr Kind wichtige Gebärdensprache erlernen können.

Georg Mattmüller, Beatriz Greuter, Kerstin Wenk, Christine Wirz-von Planta, Ernst Mutschler, Lorenz Nägelin, André Weissen, Danielle Kaufmann, Brigitta Gerber, Martin Lüchinger

f) Anzug betreffend seriöser und umfassender Prüfung von Alternativszenarien bei der Entwicklungsplanung des Gebietes Klybeckquai/Westquaiinsel

14.5243.01

Nachdem der Grosse Rat dem Ausgabenbericht für die Vorarbeiten zur übergeordneten Entwicklungsplanung der Hafen- und Stadtentwicklung Kleinhüningen / Klybeck (13.0732.01) zugestimmt hat, wird die Planungsarbeit für dieses Gebiet nun definitiv konkretisiert.

Aus diesem Grund ist es stossend, dass im erwähnten Ausgabenbericht die Alternativszenarien nur in aller Kürze abgehandelt und voreilig verworfen wurden. Kritische LeserInnen erhielten den Eindruck, dass die zuständigen Planungsstellen gar kein Interesse daran haben, Alternativen zu prüfen, weil sie schon genau wissen, in welche Richtung es geht (Stichwort „Rheinhattan“).

Der Mitwirkungsprozess, der mit der Schaffung einer Begleitgruppe vor längerer Zeit angestossen wurde, muss leider als völlig misslungen bezeichnet werden. Die Begleitgruppenmitglieder erhielten kaum Informationen und ihre Anliegen wurden nur ernsthaft angehört, wenn ihre Vorschläge ins Schema passten. Kein Wunder geistert die Idee einer „hidden agenda“ in den Köpfen zahlreicher QuartierbewohnerInnen herum. Die Menschen haben den Eindruck, dass die PlanerInnen schon jetzt genau wissen, in welche Richtung die Klybeckinsel entwickelt werden soll, sie kritisieren deshalb die Mitwirkung als Farce und sind der Meinung, dass die Behörden sowieso machen, was sie wollen.

Mit einer solchen - durchaus berechtigten – Haltung ist konstruktives Mitarbeiten undenkbar, denn das Vertrauen in Mitwirkungsprozesse ist nachhaltig gestört. Die Zusage, dass mögliche Alternativszenarien ernsthaft geprüft werden, könnte hier vertrauensbildend wirken. Insbesondere die im erwähnten Ausgabenbericht aufgeführten Alternativszenarien mit dem Titel

- "Ausschliessliche Freiraumentwicklung"
- "Verzicht auf Altrheinarm / Wasserbecken zugunsten Freiraum"
- "Entwicklung ohne neue Zentralität"
- "Entwicklung als Erweiterung des Klybeckquartiers"
- "Preisgünstiges Quartier"
- "Reduktion der baulichen Dichte"

sollen dabei im Vordergrund stehen. Diese Szenarien beinhalten zentrale Anliegen der Quartierbewohnenden von Klybeck und Kleinhüningen: Keine Abtrennung eines exklusiven Stadtteils von den bestehenden Quartieren, Verzicht auf ein Hochhausquartier, Gestaltung eines grosszügigen grünen und öffentlich nutzbaren Rheinufers, Gewinnung von vielfältigen Frei- und Grünräumen, Vermeidung von zusätzlicher Verkehrsbelastung sowie Verhinderung von Verdrängungsprozessen.

Aus diesen Gründen bitten die Unterzeichnenden die Regierung um eine seriöse und umfassende Prüfung der oben erwähnten Alternativszenarien, um deren konkrete Ausarbeitung in Zusammenarbeit mit der Quartierbevölkerung und um einen Einbezug dieser Szenarien in die weitere Planung.

Heidi Mück, Patrizia Bernasconi, Michael Wüthrich, Brigitta Gerber, Talha Ugur Camlibel, Anita Lachenmeier-Thüning, Pascal Pfister, Sarah Wyss, Sibel Arslan

g) Anzug betreffend flankierende Massnahmen zur positiven Entwicklung des Hafensareals im Klybeckquartier/Kleinhüningen

14.5244.01

Mit dem Ausgabenbericht 13.0732.01 beschliesst der Grosse Rat die weiteren Vorarbeiten zur übergeordneten Entwicklungsplanung (Planungsphase 2013-2014) Hafen- und Stadtentwicklung Kleinhüningen-Klybeck:

- Zentrale inhaltliche Aspekte betreffen erstens die Nutzungsarten, Machbarkeit, Wirtschaftlichkeit, beteiligte Akteure, Finanzierung, Mobilität und Nachhaltigkeit. Auf dieser Basis können die städtebaulichen Grundzüge vertieft und klarer definiert werden.
- Zweitens sollen verbindliche Planungsinstrumente geschaffen werden, die die Ziele der Entwicklung abbilden.

In der ersten Phase (2013- 2014, Klärung der Rahmenbedingungen) konzentrieren sich die Arbeiten auf die Sicherung verlässlicher Rahmenbedingungen. Sie sind unumgänglich für die Hafenentwicklung wie auch für die daran anschliessende Stadtentwicklung. Die erste Phase wird in drei Themenfeldern bearbeitet:

1. Hafenentwicklung und Optimierung der Hafenbahn
2. Mitwirkung und Kommunikation
3. Grundlagen der Arealentwicklung: Klybeckquai/Westquaiinsel mit Fokus auf Nutzung & Städtebau, Umwelt & Energie, Mobilität, Wirtschaftlichkeit und soziale Entwicklung

Das Klybeckquartier gehört zu den sehr dicht besiedelten Quartieren in Basel und sogar schweizweit. Viele Quartierbewohnerinnen und -bewohner empfinden das als Qualität und schätzen den städtischen Charakter. Doch kann dieser Nutzungsdruck auch negative Folgen haben. Die Bilder der Klybeckinsel, überbaut mit Hochhäusern, haben in einem Teil der Quartierbevölkerung deshalb starke Reaktionen hervorgerufen. Ängste vor Verdrängung,

Steigerung der Boden- und Immobilienpreise, Verlust von Freiräumen und damit von Lebensqualität werden geäussert. Diese Befürchtungen sind zwar nicht unbegründet, sie sind aber im jetzigen Planungsstadium auch nicht direkt aus den vorgeschlagenen Planungsmassnahmen ableitbar. Um eine positive Planung unter Einbezug der Bevölkerung zu erreichen, sollen flankierende Massnahmen entwickelt werden, die solch negativen Entwicklungen entgegenwirken.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat deshalb innerhalb der ersten Planungsphase (2013-2014) zu prüfen und zu berichten,

- mit welchen konkreten Massnahmen einer Verdrängung der ansässigen Bevölkerung durch den Aufwertungsprozess (Gentrifizierung) des Klybeckquartiers entgegengewirkt werden kann
- wie sich die Boden- und Immobilienpreise in diesem Zeitraum verändern und Massnahmen zur Abfederung einer negativen Entwicklung dadurch zu entwickeln
- wie im Planungssperimeter genügend Grün- und Freiraum geschaffen werden kann.

Mirjam Ballmer, Leonhard Burckhardt, Aeneas Wanner, Martina Bernasconi, Daniel Goepfert, Thomas Grossenbacher, René Brigger, Jürg Meyer, Martin Lüchinger

h) Anzug betreffend Schaffung eines pionierhaften, autofreien Ökostadtteils am Hafen

14.5245.01

Mit dem Ausgabenbericht 13.0732.01 hat der Grosse Rat die weiteren Vorarbeiten zur übergeordneten Entwicklungsplanung (Planungsphase 2013-2014) Hafen- und Stadtentwicklung Kleinhüningen-Klybeck beschlossen. Damit wurde auch der Anzug Beat Jans und Konsorten betreffend Planung eines bahnbrechenden Ökostadtteils am Hafen (10.5327) stehen gelassen.

Wie von Maria Lezzi, Direktorin des Bundesamtes für Raumentwicklung, beschrieben, sind bei der Schaffung eines nachhaltigen Ökostadtteils die beiden Faktoren Siedlungsentwicklung und Mobilität entscheidend. Damit tatsächlich ein pionierhafter Ökostadtteil am Hafen entstehen kann, ist dieser neue Stadtteil ohne motorisierten Individualverkehr (MIV) zu verwirklichen. Ausnahmen für Feuerwehr, Krankentransporte, Menschen mit Behinderung, Umzüge und weitere Dienstleistungen sind jedoch selbstverständlich. Für die Verwirklichung einer 2000-Watt-Gesellschaft sind autofreie Quartiere, wie sie zum Beispiel im Quartier Bümpliz in Bern umgesetzt sind, ein zentrales Element. Autofreie Quartiere werden aber auch aus anderen Gründen wie zum Beispiel kein Verkehrslärm, bessere Aufenthaltsqualität oder weniger Verkehrsgefahren von Bürgerinnen und Bürgern begrüsst. Sie bilden eine sinnvolle Ergänzung zum bereits bestehenden Arbeits- und Wohnangebot in unserer Stadt.

In Städten wie Freiburg, Tübingen, Münster, Bremen, Köln oder Amsterdam haben Bürgerinnen und Bürger mit der Unterstützung der Politik im letzten Jahrzehnt das Entstehen von autofreien Wohngebieten aktiv vorangetrieben und umgesetzt. Mit der Entwicklung des Hafensareals bietet sich auch für Basel-Stadt die einmalige Chance, dieses in unserer Stadt noch fehlende Modell an einem prädestinierten Ort umzusetzen.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat deshalb innerhalb der ersten Planungsphase (2013 - 2014) zu prüfen und zu berichten, wie das am Klybeck- und Westquai geplante neue Arbeits- und Wohnquartier autofrei umgesetzt werden kann.

Thomas Grossenbacher, Leonhard Burckhardt, Mirjam Ballmer, Philippe P. Macherel, René Brigger, Christian von Wartburg, Sarah Wyss, Daniel Goepfert, Danielle Kaufmann, Toya Krummenacher, Kerstin Wenk, Aeneas Wanner, Bruno Jagher

i) Anzug betreffend begleitendes Monitoring der Stadtentwicklung in den Quartieren Klybeck und Kleinhüningen

14.5246.01

Der geplante und notwendige Aus- und Umbau des Basler Rheinhafens zu einer trimodalen Verkehrsdrehscheibe wird auch für die umliegenden Stadtquartiere Kleinhüningen und Klybeck massive Veränderungen mit sich bringen. Dem Ausgabenbericht 13.0732 kann entnommen werden, in welche Richtungen gedacht wird. Es ist mit einem erheblichen städtebaulichen, wirtschaftlichen, demographischen und kulturellen Wandel zu rechnen, der die Zusammensetzung der Bevölkerung, die Verkehrsströme, das Dienstleistungsangebot des Kantons und von Privaten, die Grün- und Freiflächenanteile beeinflussen und damit, kurz gesagt, das Gesicht der Quartiere stark erneuern wird.

Nicht von ungefähr sieht der Regierungsrat denn auch vor, erhebliche Mittel in die Planung zu investieren. Die erhoffte Aufwertung dieser Stadtteile und die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität kann freilich nur mit und nicht gegen die jetzt dort lebende Bevölkerung erreicht werden. Anzustreben ist dabei eine ausgewogene Entwicklung, die sowohl eine Abwertung wie eine Gentrifizierung des Quartiers vermeidet: Weder "Verelendung" noch "Verdrängung" ist gewünscht. Beides kann aber bei einem unbeobachteten, unbegleiteten und ungesteuerten Verlauf des Prozesses bis zu einem gewissen Grad eintreten.

Die Unterzeichneten schlagen vor, Planung und Umsetzung der Stadtentwicklung Kleinhüningen/Klybeck durch ein qualitatives und quantitatives Sozialmonitoring zu begleiten, wie dies im Übrigen auch von Teilen der Quartierbevölkerung ausdrücklich gewünscht wird. Damit ist ein Verfahren gemeint, welches die Quartierentwicklung

einerseits tendenziell eher retrospektiv durch quantitative Grössen erfasst, aber andererseits durch begleitende Elemente auch möglich macht, dass alle Beteiligten auf laufend gemessene Daten und Entwicklungen reagieren können. Die verschiedenen Interessen können dabei zum Ausdruck gebracht und, soweit es die Umstände erlauben, ausgeglichen werden.

Besonders im quantitativen Bereich ist Sozialmonitoring eine wissenschaftlich etablierte Methodik, die Entwicklung urbaner Räume erfasst und unterstützt. Es können dabei Kompetenzen der an der Universität Basel oder der FHNW vertretenen Fächer Soziologie, Sozialplanung, Stadtentwicklung, Architektur und weitere zum Tragen kommen.

Die Unterzeichneten bitten in diesem Sinne den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten,

- ob und wie weit ein quantitatives und qualitatives Sozialmonitoring den Planungsprozess in den Quartieren Kleinhüningen und Klybeck ergänzen kann
- welche Bilanz über die Erfahrungen neuerer Quartierentwicklungen wie beispielweise in der Erlenmatt und im unteren St. Johann zu ziehen ist, wie diese für die genannten Stadtteile fruchtbar gemacht und welche Lehren daraus gewonnen werden können
- ob und wie weit weitere kompetente und ausgewiesene Partner wie die Hochschulen, Stiftungen oder andere in den Entwicklungsprozess einbezogen werden können.

Leonhard Burckhardt, Thomas Grossenbacher, Philippe P. Macherel, Martina Bernasconi, Daniel Goepfert, Mirjam Ballmer, René Brigger, Helen Schai-Zigerlig

j) Anzug betreffend grenzüberschreitender Landschaftspark "Parc des Carrières"

14.5241.01

Der Landschaftsraum zwischen Allschwil, Basel, Hegenheim und Saint-Louis wird heute geprägt von Freizeitgärten, Kiesabbau und Landwirtschaft. Wie eine im Rahmen der IBA Basel 2020 – "Gemeinsam über Grenzen" - von den Gebietskörperschaften und den beiden grössten Landbesitzern (Bürgerspital Basel und KIBAG AG) in Auftrag gegebene Entwicklungsstudie zeigt, bietet sich in diesem Landschaftsraum heute eine einmalige Chance:

Auf einer Fläche von 300 Hektaren kann ein grenzüberschreitender Landschaftspark "Parc des Carrières" entwickelt werden, der 35 mal die Fläche des Kannenfeldparks hat und von 40'000 Einwohnerinnen und Einwohnern innert fünf Minuten mit dem Fahrrad und innert zwölf Minuten zu Fuss erreichbar ist (davon 12'000 Einwohnerinnen und Einwohner aus Basel-West). Dafür sollen - zunächst auf einer Fläche von 75 Hektaren - die bestehenden landschaftlichen und ökologischen Vorzüge vielfältig ausgebaut und der Landschaftsraum als Naherholungsgebiet über die Gemeinde- und Landesgrenzen hinweg zugänglich gemacht werden (unter Berücksichtigung der Gewerbe- und Wohnentwicklungen an den Rändern des Landschaftsraums und in enger Abstimmung mit den französischen und Schweizer Partnern).

Vor diesem Hintergrund bitten die Anzugstellerinnen und Anzugsteller den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob und wie

- Basel-Stadt die Entwicklung eines grenzüberschreitenden Landschaftsparks "Parc des Carrières" konkret unterstützen kann.
- Basel-Stadt sich hierfür in der Trägerschaft "IG Parc des Carrières" engagieren kann, in der sich derzeit verschiedene Gebietskörperschaften und Landbesitzer formieren.
- Basel-Stadt hierfür finanzielle Mittel investieren kann, allenfalls aus dem Mehrwertabgabefonds, für Aufwertungsmaßnahmen auf Land der Einwohnergemeinde Basel-Stadt, auf französischem Gebiet des Landschaftsparks "Parc des Carrières".

Kerstin Wenk, Tobit Schäfer, Christian von Wartburg, Jörg Vitelli, Patricia von Falkenstein, Elias Schäfer, Lukas Engelberger, Brigitta Gerber, Michel Rusterholtz, Mirjam Ballmer

k) Anzug betreffend regionale grenzüberschreitende Berufsbildung

14.5254.01

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Berufsbildung war bisher hauptsächlich von der Möglichkeit der Absolvierung von Praktika in einem anderen Land der Region die Rede. Vereinzelt absolvieren auch Lehrlinge mit Wohnsitz im grenznahen Deutschland oder Frankreich ihre Ausbildung in Lehrbetrieben in der Schweiz und in den entsprechenden Berufsschulen.

Am 12. September 2013 unterzeichneten in Saint-Louis 28 französische und 28 deutsche Partner aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Elsass eine Rahmenvereinbarung über die grenzüberschreitende Berufsausbildung am Oberrhein. Zu diesen Partnern gehören die Bundesländer Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, der französische Staat, die Region Elsass, die Académie de Strasbourg sowie deutsche und französische Arbeitsagenturen und Kammern. Die Rahmenvereinbarung hat zum Ziel, die grenzüberschreitende Ausbildung umfassend zu fördern und zu erleichtern. Sie wurde von der Oberrheinkonferenz initiiert und gilt als Neuheit in Europa. Die Vereinbarung ist eine Schlüsselmassnahme eines Plans zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung, wobei auch ein Budget von vier Millionen Euro zur Verfügung steht.

Die Vereinbarung ermöglicht es Lernenden, den theoretischen Teil der Ausbildung in ihrem Heimatland und den praktischen Teil in einem Betrieb im Nachbarland zu absolvieren. Die Jugendlichen erwerben in diesem Rahmen wichtige berufsbezogene Sprachkenntnisse sowie interkulturelle Kompetenzen. Das Diplom wird in dem Land ausgestellt, in dem die theoretische Ausbildung absolviert wurde. Unter der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen, können Lernende auch zu den Prüfungen im Partnerland antreten und eine deutsch-französische Doppelqualifikation erlangen.

Ähnliche Initiativen im Bereich der grenzüberschreitenden Berufsbildung gibt es auch in der Region Léman und im Jura.

Ich bitte den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie Schweizer Lernende und Schweizer Lehrbetriebe in diesen Prozess einbezogen werden können und ob der Kanton Basel-Stadt gedenkt, diese Rahmenvereinbarung ebenfalls zu unterzeichnen.

Ein gleichlautender Vorstoss wurde auch im Kanton Basel-Landschaft eingereicht.

Daniel Goepfert, Martin Lüchinger, Alexander Gröflin, Stephan Mumenthaler, Sibel Arslan, Rolf von Aarburg

Interpellationen

a) Interpellation Nr. 51 betreffend nicht korrekte Einbürgerung von ausländischen Sozialhilfebezügern

14.5249.01

Wer Ausländer ist und in Basel wohnt und von Sozialhilfe lebt, der darf nicht eingebürgert werden. So sagt es das Gesetz. Dennoch werden immer wieder neu Ausländer eingebürgert, die von Sozialhilfe leben.

Man nehme das Kantonsblatt vom 22. März, Seiten 534 und 535.

Dürfen Ausländer, die von Sozialhilfe leben, eingebürgert werden?

Eric Weber

b) Interpellation Nr. 52 betreffend Verankerung des Staatskundeunterrichts im Lehrplan 21

14.5256.01

Kenntnis, wie das politische System und die Gewaltenteilung in Bund und Kanton funktionieren, ist Voraussetzung für die politische Partizipation von Bürgern und damit für die Glaubwürdigkeit von Volksentscheiden und Wahlen.

Wenn auch Zweifel an den letzten Vox-Analysen zu den Volksabstimmungen vom 9. Februar 2014 angebracht sind, zeigt die Auswertung durch das Institut GfS Bern, dass der Anteil von stimmabstinenten 18- bis 30-Jährigen seit Jahren zunimmt.

Der Unterzeichnete hält diese Entwicklung für beunruhigend und führt einen Teil der Stimmabstinentz auf mangelnde Kenntnis der jüngeren Generation über die Grundelemente unserer demokratischen Gesellschaft und fehlende Sensibilisierung auf die politische Auseinandersetzung in den prägenden Jugendjahren. Die Wichtigkeit der Sensibilisierung für politische Partizipation wird über sämtliche Parteigrenzen hinweg bejaht, da es zentrale Regeln unseres Zusammenlebens aufzeigt und bekräftigt. Wenn das Interesse von Jugendlichen an politischer Partizipation jedoch gesteigert werden soll, braucht es hierzu konkrete Massnahmen.

Der Lehrplan 21, welcher zum ersten Mal für alle Deutschschweizer Schüler die gleichen Lernziele festlegt, wäre hierzu prädestiniert. Im Lehrplan 21 wird der Umgang mit politischen Fragen oder das Verhältnis Bürger-Staat im Fachbereich "Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG)" behandelt. Die überarbeitete Version des Lehrplans 21 brachte jedoch Ernüchterndes zum Vorschein. Der Staatskundeunterricht wird weiterhin marginalisiert und je nach Stufe verschiedenen Fächern und übergeordneten Themen zugeordnet. Ab der 7. Klasse vermittelt der Lehrplan 21 zwar Werte wie Menschenrechte und Demokratie. Den Schülerinnen und Schüler soll jedoch nicht nahegebracht werden, als Bürgerinnen und Bürger am politischen System der Schweiz teilzunehmen, abzustimmen, zu wählen oder sich politisch zu engagieren.

Da im Lehrplan 21 für die politische Partizipation ein fixer Platz fehlt, ist diese geradezu verurteilt, vernachlässigt zu werden. Damit der Stimmzettel für viele Jugendliche künftig nicht mehr direkt im Altpapier landet, ersuche ich daher die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Chancen sieht die Regierung, dass die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren (D-EDK) bei der Überarbeitung des Lehrplans 21 der Sensibilisierung zur politischen Partizipation mehr Platz einräumen werden? Wenn ja, welche und wo?
2. Wie sind diesbezüglich die Chancen für die Einführung eines Staatskundeunterrichts?
3. Hat die Regierung konkrete Vorschläge zur Steigerung der Sensibilisierung zur politischen Partizipation an

der D-EDK eingebracht? Wenn ja, welche? Sollten diese bislang durch die D-EDK nicht berücksichtigt worden sein, wird der Regierungsrat diese Vorschläge bei der Konkretisierung der baselstädtischen Lehrplangestaltung zur Diskussion stellen?

4. Wie hat und wird sich die Regierung in der D-EDK bezüglich der Einführung eines Staatskundeunterrichts einbringen?
5. Welchen Stellenwert wird der Staatskundeunterricht künftig an den Basler Schulen haben? Gilt das Versprechen vom zuständigen Departementvorsteher in einem Telebasel-Beitrag vom 20. September 2009 ("Stellungnahme von Regierungsrat Eymann zur Forderung der Jungfreisinnigen") noch, dass es im neuen Lehrplan Platz für Staatskunde in den bestehenden Fächern geben müsse?
6. Welche Möglichkeiten sieht die Regierung für die Einführung eines Staatskundeunterrichts in der obligatorischen Schulzeit mit verbindlicher Stundenanzahl? Was ist für eine Umsetzung dieses Ziels notwendig?
7. Wie stellt der Regierungsrat im neuen Lehrplan 21 sicher, dass es künftig nicht mehr vornehmlich am Engagement einer Lehrerin/eines Lehrers liegt die Regeln über das demokratische Zusammenleben sowie den kompetenten Umgang mit tagesaktuellen Informationen den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln?

Mark Eichner

c) Interpellation Nr. 53 betreffend Straftätern in der forensischen Abteilung der Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) und den damit verbundenen Kosten

14.5257.01

Für die Unterbringung und Therapierung von Straftätern zahlt der Kanton Bern pro Monat bis zu 58'249 Franken. Das gab der kantonale Polizei- und Militärdirektor Hans-Jürg Käser Anfang März 2014 in der Fragestunde des bernischen Grossen Rates bekannt. Die Person, welche Kosten in dieser Höhe verursache, befinde sich im Rahmen einer stationären Massnahme in einer psychiatrisch-forensischen Klinik im Kanton Zürich, sagte Regierungsrat Käser weiter. Das gelte auch für den zweit- und drittteuersten Fall, die den Kanton Bern je 50'000 Franken pro Monat kosteten.

Ich bitte daher den Regierungsrat folgende Fragen zur Situation in Basel-Stadt zu beantworten:

1. Wie viele Insassen sind derzeit in den beiden forensischen Abteilungen der UPK untergebracht?
2. Wie hoch sind die Kosten insgesamt pro Monat für sämtliche Insassen?
3. Wie hoch sind die Kosten für den teuersten Insassen pro Monat?
4. Wie sind die hohen Kosten zu rechtfertigen?

Joël Thüring

d) Interpellation Nr. 54 betreffend Ex-Migrol Areal

14.5258.01

Die Ereignisse rund um das Ex-Migrol Areal haben sich in den letzten Tagen überschlagen und schlussendlich zu einem Ultimatum für die Wagenplatzbewohner, sich bis zum 1. Juni 2014 auf die zugesprochenen 2'500 qm zurückzuziehen, geführt.

Nachdem es einige Verwirrungen rund um die definitive Lösung für die zukünftige Nutzung des Ex-Migrol Areal gab, hatte die Regierung am 15. April 2014 entschieden, dem Verein ShiftMode die Bewirtschaftung des Areals für die Jahre 2014 bis 2019 zu übertragen. Das vorangegangene Verfahren und die darin Involvierten wurden aus der Kommunikation nicht ersichtlich. Den Wagenplatzbewohnern, die seit 2013 auf dem Areal geduldet werden und die mittlerweile den Wagenplatz zu einem Treffpunkt im Hafen entwickelt haben, wurden zeitgleich 2'500 qm zugesprochen.

Die gegenseitig kritischen Medienmitteilungen und Kommentare der beiden Vereine und die durch die IG Hafenplatz organisierte Demonstration vom 25. Mai 2014, an der sich um die 200 Personen für den Erhalt des Wagenplatzes auf dem Hafenaerial eingesetzt haben, zeigt, dass die Entwicklung auf dem Ex-Migrol Areal nicht von allen Betroffenen gleichermaßen begrüsst wird.

Die diversen Statements der letzten Tage, sowohl von Seiten des Vereins ShiftMode, der IG Hafenplatz und der Regierung widersprechen sich teilweise und stiften zusätzliche Verwirrung.

Ich bitte die Regierung deshalb um die Klärung der folgenden Fragen:

1. Inwiefern wurden die Wagenplatzbewohner in die Diskussionen um die zukünftige Nutzung des Areals einbezogen?
2. Wie kamen die Arealaufteilung und der Zuspruch von 2'500 qm an die Wagenplatzbewohner zu Stande?
3. Wurde dem Verein ShiftMode mit der Übergabe am des Areals am 15. April 2014 Auflagen für die zukünftige Nutzung gemacht?

4. War der Nutzungsanspruch von „Scope“ bekannt und musste von ShiftMode mit dem Mietvertrag übernommen werden?
5. Fanden seit dem Entscheid vom 15. April 2015 Gespräche zwischen der Regierung, dem Verein ShiftMode und den Wagenplatzbewohnern statt?
6. Die zukünftige Nutzung des Areals ist gemäss Medienaussagen des Vereins ShiftMode noch offen. Ist der Regierungsrat bereit zusammen mit allen Beteiligten die verfahrenere Situation nochmals zu diskutieren und eine Kompromisslösung herbeizuführen?
7. Aus den Medien war im Vorfeld des Entscheids vom 15. April 2014 zu erfahren, dass sich der Regierungsrat Gedanken über die Errichtung einer Zone für Wohnexperimente macht. Verfolgt der Regierungsrat diese Pläne weiter?

Salome Hofer

e) Interpellation Nr. 55 betreffend Fussgängerübergang an der Rosentalstrasse (beim Bad. Bahnhof)

14.5259.01

Wer entlang der Schwarzwaldallee die Rosentalstrasse überqueren möchte, weiss nicht wie er es machen soll. Es gibt keinen Fussgängerstreifen und auch keine Lichtsignalanlage für Fussgänger, der Verkehr (Autos, Fahrräder, vier verschiedene Tramlinien) kommt aus drei verschiedenen Richtungen. Insgesamt ist die Situation sehr unübersichtlich.

Für die Schwächsten unter den Verkehrsteilnehmern ist die Querung der Rosentalstrasse an dieser Ecke in beide Richtungen gefährlich und nicht zumutbar. Gerade ältere Menschen und Menschen mit einer Behinderung haben keine Chance, die Strasse gefahrlos, resp. mit einem sicheren Gefühl oder ohne Begleitung überqueren zu können. Zudem ist die Strasse für die vielen Primarschulkinder, die täglich die Strasse in beiden Richtungen überqueren ein grosses Risiko, da der Strassenverkehr stets Vortritt hat. Schulkinder haben aber ein Recht auf einen sicheren Schulweg. Der Kanton muss einen sicheren Schulweg gewährleisten.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Sind die Risiken beim Überqueren an der Rosentalstrasse für Schulkinder, behinderte und ältere Leute bekannt? Wenn ja, welche?
- Welche Massnahmen wurden bis jetzt für die Risikoverminderung und für die verbesserte Verkehrssicherheit getroffen?
- Teilt die Regierung die Meinung, dass auf Grund der Ablehnung der Erlenmatttram-Vorlage nun eine separate Neuplanung des Umfelds Badischer Bahnhof rasch möglichst an die Hand genommen werden muss?
- Wenn ja, ist bei der Neuplanung des Umfelds Badischer Bahnhof eine Verbesserung der Situation der Querung der Rosentalstrasse vorgesehen?
- Wenn nein, wie gedenkt die Regierung, die Situation der Querung der Rosentalstrasse zu verbessern, dass Betagte und Behinderte, aber auch die vielen Schulkinder die Strasse ohne Gefahr überqueren können?

Atilla Toptas

f) Interpellation Nr. 56 betreffend Kunst-Intervention auf dem Claraplatz

14.5260.01

Der Schweiz am Sonntag konnte entnommen werden, dass auf dem Claraplatz ab dem 6. Juni während zehn Tagen Menschen in einer Glasbox ausgestellt werden sollen. Ein holländischer Künstler will mit diesem Ausstellen von Menschen – gemäss Zeitungsbericht – auf Themen aufmerksam machen, die in unserer Gesellschaft oft verdrängt werden. So sollen spärlich bekleidet ein Mann im Glaskasten sitzen mit seiner Tochter auf dem Schoss, ein dunkelhäutiger Akrobat mit Fussfessel und neben anderen auch eine alte Dame, nackt bis auf eine Gesichtsmaske und hochhackige Pumps. Diese und weitere Sujets sind im Zeitungsartikel erwähnt. Unterstützt bzw. finanziert wird diese Kunst-Intervention von der Kaserne und vom Bau- und Verkehrsdepartement, welches die Gebühren für die Benutzung der Allmend erlässt. Staatliche Gelder werden also eingesetzt, um diese Art von Kunst auf dem Claraplatz zu zeigen.

Über Geschmack kann man bekanntlich streiten. Bei allem Verständnis für künstlerische Freiheit gilt es aber auch, die Gefühle der Leute zu beachten, die sich am Claraplatz aufhalten wollen oder müssen. Anders als bei einer Ausstellung in einem geschlossenen Raum, die man besuchen kann oder nicht, wird hier auch der Betrachter, der eine solche Zurschaustellung von Menschen nicht sehen will, damit konfrontiert, weil sich diese Show im Öffentlichen Raum befindet. Man kann nicht ausweichen. Die Aufdringlichkeit dieser Intervention kann als sehr störend und gefühlsverletzend empfunden werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den .Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen.

1. Ist es zutreffend, dass eine Kunst-Intervention im Sinne des Berichts der Schweiz am Sonntag auf dem Claraplatz stattfinden soll?

2. Stimmt es, dass die Kaserne Basel mitfinanziert?
3. Wie hoch ist die Summe der Gelder, welche die staatlich subventionierte Institution Kaserne für diese Intervention einsetzt?
4. Wie hoch sind die Gebühren, welche vom BVD erlassen werden?
5. Gibt es noch weitere Finanzquellen für diese Aktion?
6. Erachtet der Regierungsrat diesen Einsatz von staatlichen Geldern als wirkungsvoll, um auf Missstände aufmerksam zu machen, wie das der Künstler offenbar will?
7. Kann der Regierungsrat nachvollziehen, dass mit solchen Ausstellungen von Menschen auch Gefühle der Passanten verletzt werden können?

Felix W. Eymann

g) Interpellation Nr. 57 betreffend Arbeitslose im Alter über 50 Jahren

14.5261.01

Die Arbeitslosenquote der Altersgruppe der 50 - 60 Jährigen im Kanton Basel-Stadt ist verhältnismässig stabil. Im April 2014 betrug sie 3.1 Prozent (<http://www.statistik-bs.ch/tabellen/t03/4/t03.4.05-04.xls>). Hingegen zeigt die Sozialberichterstattung des Statistischen Amtes Basel-Stadt von 2011, dass die Sozialhilfequote der Altersgruppe der 51 - 60 Jährigen konstant zunimmt. Und zwar von circa 3 Prozent im Jahr 2001 auf über 5 Prozent im Jahr 2011 (S. 59). Dies im Gegensatz zu jüngeren Altersgruppen. Deren Quoten liegen zwar nach wie vor über derjenigen der 51 bis 60 Jährigen, sind aber grösseren Schwankungen unterworfen. Zudem zeigt die Sozialberichterstattung für 2011 absolut die höchste Zahl der Ausgesteuerten in den dargestellten Jahren seit 2001 sowie eine hohe Zahl an Langzeitarbeitslosen (S. 25).

Arbeitslosigkeit ist für jede Altersgruppe problematisch und je nach Lebensabschnitt mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Die im Vergleich tiefe Quote bei über 50 Jährigen könnte ein Grund dafür sein, dass die Schwierigkeiten dieser Altersgruppe bis vor Kurzem weniger im Fokus der Öffentlichkeit und der Behörden standen. Für die Betroffenen selbst stellte sich die Situation selbstredend anders dar und in letzter Zeit wurde die Problematik auch in der Öffentlichkeit verstärkt wahrgenommen. So äussert sich Hansjürg Dolder, Leiter des AWA BS, auf der Homepage des Forums 55+ in einem Interview ausführlich zum Thema (<http://www.aelterbasel.ch/seniorenforum/news/rosige-zeiten-fuer-die-jobsuche-ab-50/>). Nachdenklich stimmt dabei die Tatsache, dass die Sozialhilfequote der über 50 Jährigen gegenüber anderen Altersgruppen konstant ansteigt, obwohl Sozialhilfe erst nach Verzehr des angesparten Vermögens bezogen werden kann.

In diesem Zusammenhang stellt der Interpellant folgende Fragen an den Regierungsrat und bedankt sich bereits für die Beantwortung:

1. Wie hoch ist der Anteil der über 50 und über 55 Jährigen an den Ausgesteuerten im Kanton Basel-Stadt der letzten Jahre?
2. Wie hoch ist die Zahl der neuen SozialhilfebezügerInnen im selben Alter der letzten Jahre?
3. Lassen sich Aussagen zum Bildungsstand und zu den Berufen bzw. Branchen der letzten Arbeitstätigkeit der betroffenen über 50 Jährigen machen?
4. Gibt es spezifische Weiterbildungsangebote für über 50 Jährige beim RAV und im Rahmen der Sozialhilfe? Wie viele Personen nehmen an diesen Teil? Und wie viele der Teilnehmenden finden danach wieder zurück in den ordentlichen Arbeitsmarkt?

Pascal Pfister

h) Interpellation Nr. 58 betreffend verbesserter Anschluss der Zollfreistrasse ans Basler Strassennetz

14.5262.01

Schon kurz nach Eröffnung der Zollfreistrasse entstanden Stauprobleme beim Kreisel Otterbach und in der Freiburgerstrasse. Dies war absehbar, denn eine alte Binsenweisheit lautet: Eine neue Strasse generiert ehr Verkehr. Die versprochene Entlastung der Verkehrsachse in Riehen und im Hirzbrunnenquartier ist noch nicht erreicht und es rollt weiterhin viel Lörracher Verkehr durch diese Achse. Zusätzlich ist nun eine neue Stauproblematik entstanden. Um den Effekt einer Umfahrungsstrasse für Riehen und für das Hirzbrunnenquartier voll zu entfalten, ist eine gute Anbindung der Zollfreistrasse ans Basler Strassennetz die Voraussetzung. Dies wurde in der frühen Planungsphase der Zollfreistrasse auch versprochen, indem eine Anbindung der verlängerten Südumfahrung der Stadt Weil an die Autobahn kurz vor der Landesgrenze in Aussicht gestellt worden war.

Ich erlaube mir die folgenden Fragen zu stellen:

- Wie viele Autos fahren täglich über die Zollfreistrasse Richtung Stadt und Richtung Wiesental?
- Wer ist verantwortlich für die Verkehrsregelung im Bereich der Freiburgerstrasse? Anscheinend ist einerseits der Bund für die Verkehrsregelung des Autobahnzubringers Freiburgerstrasse zuständig und andererseits könnte der Kanton die Lichtsignalanlage Freiburgerstrasse steuern. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kanton?

- Was gedenkt der Regierungsrat zum Abbau des Staurisikos zu tun? Es wird beispielsweise davon gesprochen, die Wartezeiten an der Ampel Freiburgerstrasse umzustellen. Sieht er hier ein Mittel zur Reduktion des täglichen Staus?
- Mit dem Erlentattquartier und der Siedlungsentwicklung Basel Nord wird sich die Strassen noch mehr überfüllen. Welche Massnahmen sind mittelfristig geplant?
- In einer früheren Phase lagen Pläne für einen Autobahnanschluss vor. Wird eine solche Lösung noch immer in Erwägung gezogen?

Kurz vor der Eröffnung der Zollfreistrasse habe ich auf den mangelnden Grundwasserschutz auf dem alten Teilstück der Zollfreistrasse aufmerksam gemacht. Der Regierungsrat hat damals in Aussicht gestellt, gemeinsam mit den deutschen Behörden Lösungen für einen verbesserten Schutz zu suchen. Damals war die Rede von einem Verbot von Gefahrentransporten auf dieser Strecke oder baulichen Massnahmen.

- Was konnte in der Zwischenzeit erreicht werden?

Annemarie Pfeifer

i) Interpellation Nr. 59 betreffend Auftragsvergabe an Parlamentarier

14.5263.01

Bei der Auftragsvergabe von Dienstleistungen, Leistungsverträgen oder -Vereinbarungen können Mitarbeitende des Kantons in der Rolle als Auftraggeber und mitwirkende Parlamentarier der Legislative wirtschaftlich oder personell mit Auftragnehmern verknüpft sein. Unter anderem besteht in einem solchen Fall die Gefahr eines Interessenkonflikts, in welchem bspw. Informationen zur Planung und Angebot zur Gewinnung des Auftrags verwendet werden können.

So gehen auch die Public Corporate Governance-Richtlinien des Regierungsrats auf das Verhalten und die Bewältigung derartiger Interessenskonflikte ein. Diese umfassen aber ausschliesslich die Beteiligungen des Kantons Basel-Stadt (Vgl. 2010 Beteiligungs-management Basel-Stadt: Public Corporate Governance-Richtlinien, S.5). Auftragsvergaben oder Subventionen fallen nicht unter diese Richtlinie.

Parlamentarier sind dazu verpflichtet, die Tätigkeit der kantonalen Verwaltung zu kontrollieren. Ein Interessenskonflikt oder fehlende Unabhängigkeit würde immer dann eintreten, wenn Parlamentarier Aufträge von der Verwaltung erhalten, die gleichzeitig zu kontrollieren ist.

Deshalb wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Massnahmen setzt der Regierungsrat ein, um Interessenskonflikte bei der Auftragsvergabe vorzubeugen?
2. Gibt es in den Jahren 2013 und 2014 kantonale Parlamentarier oder Unternehmen (Einzelunternehmen, Personen- und Kapitalgesellschaften und weitere Körperschaften), bei welchem kantonale Parlamentarier beteiligt oder angestellt sind, die Aufträge des Kantons oder von ausgelagerten Betrieben erhalten haben?
 - a. Falls ja, um welche Grossräte handelt es sich?
 - b. Falls ja, für welche Leistung?
 - c. Falls ja, wie hoch lässt sich der Betrag in CHF beziffern?

Alexander Gröflin

j) Interpellation Nr. 60 betreffend Aufgabe der Begleitgruppe bei der Hafent- und Stadtentwicklung

14.5264.01

Die Unzufriedenheit der Quartier-Begleitgruppe war und ist unüberhörbar. Damit sich die Einbindung der Quartierbevölkerung für die nächsten Schritte verbessert, bittet die Interpellantin der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Zur Aufgabe der Begleitgruppe
 - a. Was ist die Aufgabe und was sind die Rechte der Begleitgruppe?
 - b. Wie oft trifft sich die Begleitgruppe und wann war das letzte Treffen?
2. Bisherige Zusammenarbeit der Verwaltung und Begleitgruppe
 - a. Wie wurden die Forderungen und Empfehlungen der Quartier-Begleitgruppe im Ausgabebericht berücksichtigt?
 - b. Stimmt es, dass die Begleitgruppe in die Erarbeitung des Ausgabenberichts nicht einbezogen wurde und vor der Veröffentlichung keine Einsicht in den Bericht oder dessen Stossrichtung erhielt? Falls ja, aus welchem Grund?
 - c. Wie gedenkt die Regierung mit den acht zentralen Empfehlungen der Quartier-Begleitgruppe zuhanden der BRK und der Verwaltung vom 16. Dezember 2014 betr. dem Ausgabenbericht zur Hafent- und Stadtentwicklung Klybeck-Kleinhüningen weiter umzugehen?

- d. Aus welchem Grund werden der Begleitgruppe grundlegende Informationen wie der ungekürzte Bericht zur «Entwicklungsvision 3Land» vorenthalten?
 3. Zukunft der Begleitgruppe
 - a. In welcher Form wird die Begleitgruppe in Zukunft in die Planungsschritte der Hafен- und Stadtentwicklung einbezogen?
 - b. Wie wird in Zukunft sichergestellt, dass die Begleitgruppe rechtzeitig alle relevanten Informationen erhält?
 - c. Was geschieht mit Wünschen, Kritikpunkten und alternativen Vorschlägen der Begleitgruppe? Wie fliessen diese in die Planung ein?
 - d. Kann die Begleitgruppe bei Ausschreibungen zu Studien, Wettbewerben und ähnlichem vor deren Publikation Stellung nehmen und eigene Wünsche einbringen?
 - e. In welcher Form ist das bisher geschehen und wie wird es in Zukunft gehandhabt?
- Sarah Wyss

Schriftliche Anfragen

a) Schriftliche Anfrage betreffend stinkende Kanalisationsschächte

14.5266.01

Die Stadt Basel wurde für Touristen in den letzten Jahren immer attraktiver, auch Dank der Schmuckmesse und dem FC Basel etc. Erfreulicherweise konsumieren die Touristen und auch Einheimische in diversen Restaurants im Bereich der Fussgängerzonen.

In der Stadt sind einige stinkende Kanalisationsschächte in der Nähe von Restaurants, welche Aussenbestuhlung machen dürfen. Es ist richtig unangenehm, wenn am Tisch gegessen wird und es nebenan aus der Kanalisation stinkt. Zwei Standorte die ich kenne, kann ich mitteilen, das Restaurant Mövenpick am Marktplatz und ein weiteres in der Steinvorstadt, Ecke Stänzlergasse.

1. Können weitere Standorte an solchen exponierten Stellen erkundet werden?
2. Was gedenkt der Kanton dagegen zu unternehmen?
3. Können die Kanalisationsschächte mit Spezialabdeckungen bestückt werden, so dass die Gerüche nicht in die Umgebung gelangen.

Murat Kaya

b) Schriftliche Anfrage zum religiösen Fundamentalismus im Kanton Basel-Stadt

14.5270.01

Laut einem Artikel aus der Basler-Zeitung mit dem Titel: "Eine kleine Szene nahe am Extremismus" geht hervor, dass die Schweizer Salafistenszene sich hauptsächlich in den Regionen Bern, Zürich und Basel aufhält. Die Auslegung der salafistischen Ideologie liegt nahe an der Gewaltanwendung und toleriert u.a. keine anderen Religionen, schränkt die Rechte von Frauen ein und brandmarkt Homosexuelle.

1. Was gedenkt der Regierungsrat gegen die oben erwähnte Salafistenszene in Basel-Stadt zu unternehmen?
2. Welche straf- und/oder ausländerrechtlichen Massnahmen wurden zwischenzeitlich gegen Mitglieder der Salafistenszene in die Wege geleitet?

Gemäss einem Artikel des Tagesanzeigers mit dem Titel: "Haftstrafen für kurdische Brüder" geht hervor, dass die beiden in Basel wohnhaften Brüder das al-Qaida-Netzwerk unterstützen, sagt der Bundesstrafrichter Peter Popp. Mittels Foren und Chaträumen haben sie ein Gefäss für jihadistische Propaganda geschaffen.

3. Welche Erkenntnisse besitzt der Regierungsrat über die beiden oben erwähnten Personen?
4. Wie schätzt er das Bedrohungspotenzial der o.e. Salafisten- und Jihadistenszene ein?
5. Existiert in Basel-Stadt eine kriminelle Organisation namens OK?

Laut einem Artikel des Tagesanzeigers mit dem Titel: "Geheimdienst observiert Basler Moschee" wird verlautbart, dass der Nachrichtendienst (NBD) die Moschee Said-i-Nursi in Kleinhüningen im Auge behält, in welcher sich Mitglieder der türkischen Hizbollah treffen. Ihre Anhänger reisen aus der ganzen Schweiz sowie aus dem Ausland an. Die Organisation beabsichtigt laut NBD, in der Türkei einen islamischen Staat nach iranischem Vorbild zu errichten, dies nötigenfalls mit gewaltsamen Mitteln.

6. Welche Erkenntnisse besitzt der Regierungsrat über die o.e. terroristische Organisation in der Said-i-Nursi?
7. Welche straf- und ausländerrechtliche Massnahmen wurden gegen die oben erwähnten Mitglieder der türkischen Hizbollah zwischenzeitlich eingeleitet?

Alexander Gröflin